

DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.



DEUTSCHLAND-RUNDBRIEF

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

Deutschland-Rundbrief

Naturschutz- und Umweltpolitik
auf Bundesebene
Jahrgang 10 (2004), Heft 05

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Geschäftsstelle Bonn

DNR, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

Redaktion, Geschäftsstelle Berlin

Matthias Bauer (mb), Marion Busch (mbu),
Victoria Liesche (vl), Anna Baranski (ab)
DNR, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-82, Fax -80
eMail: matthias.bauer@dnr.de
Internet: www.dnr.de/dr

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s.o.)
eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de
Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergüns-
tigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin
Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung
sind willkommen. Die Redaktion behält
sich Kürzung und redaktionelle Bearbei-
tung vor. Namentlich gezeichnete Beiträ-
ge geben nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion/des Herausgebers wieder.
Redaktionsschluss: 15. des Vormonats.
Pressemitteilungen und Termine bitte an
info-berlin@dnr.de

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausge-
ber. Einzelne Artikel können nachgedruckt
werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Förderhinweis

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundes-
umweltministerium gefördert. Die Förderer
übernehmen keine Gewähr für die Richtig-
keit, Genauigkeit und Vollständigkeit der
Angaben sowie für die Beachtung der
Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten
und Meinungen müssen nicht mit denen
der Förderer übereinstimmen.

Gerechtigkeit jetzt! Die Welthandelskampagne

Liebe Leserinnen und Leser,

Welthandel geht uns alle an, deshalb brauchen wir eine faire, transparente und demokratisch kontrollierte Handelspolitik. Freihandel ist kein Wert an sich, deshalb muss Handelspolitik Menschenrechte, Armutsbekämpfung und Umweltschutz respektieren. Angemessene Ernährung, Bildung und Gesundheitsversorgung sind Menschenrechte, die durch die Welthandelspolitik nicht ausgehöhlt werden darf. Menschen und Umwelt haben Vorrang. Unternehmen und Investitionen müssen durch verbindliche soziale und ökologische Standards reguliert werden.

"Gerechtigkeit jetzt - Die Welthandelskampagne" ist ein schnell wachsender Zusammenschluss von derzeit 31 Organisationen aus dem entwicklungs- und umweltpolitischen, kirchlichen und gewerkschaftlichen sowie menschenrechtlichen Bereich. Der DNR ist einer der ersten Mitträger der seit Juni 2003 laufenden Kampagne. Die Welthandelskampagne möchte mehr Bewusstsein über Ungerechtigkeiten im Welthandel schaffen und Druck auf politische Entscheidungsträger entfalten. Sie setzt sich für Handelsregeln ein, die allen Menschen, insbesondere den Armen, und der Umwelt dienen. Inspiriert vom britischen Trade Justice Movement sind in Europa bereits ähnliche Kampagnen in Irland, Norwegen und der Schweiz aktiv.

Mit einer Aktion zur Europawahl lädt die Kampagne Bürger/innen ein, ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit im Welthandel abzugeben. Die so gesammelten Stimmzettel sollen den KandidatInnen für das Europäische Parlament übergeben werden. Zugleich werden die Kandidat/innen für das Europäische Parlament von den Aktionsteilnehmer/innen aufgefordert, sich für mehr Gerechtigkeit im Welthandel einzusetzen und dies auf einer Selbstverpflichtung kundzutun. ▶

Sowohl auf den Stimmzetteln als auch auf der Selbstverpflichtung stehen die Forderungen:

- Die EU soll in der Welthandelsorganisation WTO die Positionen der Entwicklungsländer respektieren.
- Die EU soll für eine Welthandelspolitik eintreten, die sich an den Menschenrechten, insbesondere dem Recht auf Nahrung, orientiert, die der Armutsbekämpfung dient und die Entwicklungsländer schützt.
- Die EU soll aufhören, durch verbilligte Agrarexporte die Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zu gefährden.
- Die Handelspolitik der Europäischen Kommission muss regelmäßig und wirksam parlamentarisch kontrolliert werden.

In der nächsten Ausgabe des Deutschland-Rundbriefes werden wir über diese Aktion und den weiteren Verlauf der Gesamtkampagne berichten.

Die Kampagne zählt auf viele weitere Menschen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, denn nur mit gebündelter Kraft lässt sich der Druck auf Politik und Wirtschaft für einen Kurswechsel in der Welthandelspolitik erhöhen.

Machen auch Sie mit! Setzen Sie sich jetzt für mehr Gerechtigkeit im Welthandel ein und unterstützen Sie aktiv diese Kampagne! Wir freuen uns schon jetzt über die Unterstützung.¹

Nun wünsche ich Ihnen eine anregende und interessante Lektüre des Deutschland-Rundbriefes. Ich möchte hier auch noch einmal den Aufruf wiederholen, uns Ihre Anregungen, Kritiken oder Kommentare zu unserer Publikation zu übermitteln.

Ihre
Helga Inden-Heinrich,
stellv. DNR-Generalsekretärin

¹ Gerechtigkeit jetzt, Welthandelskampagne, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3681010, Fax -92399356
eMail: info@gerechtigkeit-jetzt.de
www.gerechtigkeit-jetzt.de

2 Impressum

3 Editorial

- Welthandelskampagne unterstützen!

5 Verbände, Umweltbewegung

- NABU-Vize im BirdLife-Vorstand
- BBU-Jahresmitgliederversammlung
- Fünf Jahre Michael-Succow-Stiftung
- DBU setzt neue Schwerpunkte
- Gemeinnützige in Theorie und Praxis
- 30 Jahre Badisch-Elsässische BIs

7 Agrar, Verbraucher

- Agrarreform stagniert
- Mehrheit will Bionahrung für Kinder
- Artenvielfalt der Feldraine bedroht
- Aktionsplan Verbraucherschutz
- IKEA-Gastronomie erhält Bio-Zertifikat

9 Emissionen, Abfall, Chemie

- Dosenpfand entspricht Bundesrecht
- Allergiestudie in Deutschland
- NABU fordert Recycling-Transparenz
- Emissionsregister jetzt öffentlich

10 Energie, Klima

- Neues Ökostrom-Gesetz beschlossen
- Offshore-Windpark: Klage abgewiesen
- Windkraft-Streit beim "Spiegel"
- Vögel durch Windkraft bedroht?
- Emissionshandel: Kritik an Regelung

13 Gentechnik

- Bundesrat stoppt Gentechnik-Gesetz
- Gentechnikrecht: Neue Zuständigkeit
- Gentechnik im Regal
- Proteste gegen Gentech-Nahrung

15 Nachhaltigkeit, Umweltpolitik

- "Dialog Nachhaltigkeit" gestartet
- Bundestreffen "Tag der Regionen"
- Umfrage zur Forschungspolitik

17 Naturschutz, Tierschutz

- Förderpreis für Ehrenamtliche
- NABU für mehr Bundeskompetenz
- Vorschläge zur Jagdgesetz-Novelle
- Pelz-Branche: Umsatz steigt wieder

19 Verkehr, Tourismus

- Verkehrssicherheits-Kampagne
- Aktionstag "Mobil ohne Auto"
- 4. Bahntest: Beratung mangelhaft
- Rußfreie Diesel-Pkw werden gefördert
- Autoverkehr wächst nicht mehr
- Geländewagen ohne Steuervorteil
- Flughafen ausbau verletzt EU-Recht
- Urlaubswünsche und Lebensstile
- Qualitätszeichen für Wanderwege

25 Service

- Termine, Umweltsendungen, Informationsquellen

Sonderbeilage

- Aktiv.um: Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit (separate Heftung)

NABU-Vize im Vorstand von BirdLife International

Thomas Tennhardt will stärkere politische Ausrichtung

NABU-Vizepräsident Thomas Tennhardt ist auf der Weltkonferenz von BirdLife International in Durban (Südafrika) in den europäischen Vorstand von BirdLife gewählt worden. Damit kam nach über 10 Jahren wieder ein deutscher Vertreter in dieses Gremium. Tennhardt will vor allem eine stärkere politische Ausrichtung des Dachverbandes von über 100 nationalen Naturschutzorganisationen erreichen. Das Brüsseler Büro soll ausgebaut werden. Als nächste Meilensteine nannte Tennhardt das 25-jährige Jubiläum der EU-Vogelschutzrichtlinie und eine europäische Initiative zur nachhaltigen Jagd. Der 25. Geburtstag der ersten wichtigen Naturschutzrichtlinie der EU müsse stärker für die überfällige Nachbesserung im europäischen Schutzgebietsnetz "Natura 2000" genutzt werden, sagte Tennhardt. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

BBU lehnt Sonderwirtschaftszonen ab

Mitgliederversammlung beschließt koordinierte Energie-Aktionen

Die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zusammengeschlossenen Verbände und Initiativen haben im April auf ihrer Mitgliederversammlung in Bonn beschlossen, ein konzentrierteres Vorgehen in der Energiepolitik zu betreiben. Initiativen gegen Atom- und fossile sowie für erneuerbare Energien wollen ihre Aktivitäten im neuen BBU-Arbeitskreis Energie schlagkräftiger bündeln.

Der von der Bundesregierung nur halberzig betriebene Atomausstieg, die sich abzeichnende Klimakatastrophe und die Behinderungen des Ausbaus erneuerbarer Energien erforderten ein einheitliches energiepolitisches Konzept und ein gemeinsames Auftreten der Bürgerinitiativen, erklärte Udo Buchholz von dem gegen die Urananreicherungsanlage Gronau aktiven Arbeitskreis Umweltschutz (AKU).

Der Sozialwissenschaftler wurde neu in den Geschäftsführenden BBU-Vorstand gewählt, dem außerdem der wiedergewählte Wolfgang Guhle angehört. Guhle wandte sich scharf gegen Pläne für Sonderwirtschaftszonen in Ostdeutschland: "Dumpings im Sozial-, Umwelt- und Rechtsbereich schaffen noch nicht einmal mittelfristig wirtschaftliche Wettbewerbsvorteile, sie verhindern aber schon kurzfristig notwendige Innovationen und verbauen langfristig die Zukunft." Das würden die Bürgerinitiativen nicht mitmachen. "Hier ist auch ein stärker gesamtgesellschaftlich orientiertes Denken und Handeln von ihnen gefordert."

Zum Schatzmeister wurde Karl-Jügen Prull gewählt, Sprecher der neugegründeten BBU-AG Innenraumschadstoffe. Der Arbeitsbereich Wasser, dem durch weltweite Privatisierungstendenzen und Ressourcenprobleme wachsende Bedeutung zukommt, ist im erweiterten BBU-Vorstand durch den Freiburger Limnologen Dr. Arne Panesan neu vertreten. (ab, mb) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) e.V., Prinz-Albert-Straße 73, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 214032, Fax -33
eMail: bbu-bonn@t-online.de
www.bbu-online.de

Fünf Jahre Michael-Succow-Stiftung

Einsatz für gesamtdeutsches Naturschutzverständnis

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens der von ihm gegründeten Stiftung hat Michael Succow im März in Berlin zu mehr Anstrengungen beim Schutz der Natur aufgerufen: "Um unser selbst Willen ist es unabdingbar, all das zu erhalten, was noch an ursprünglichen Naturräumen übrig geblieben ist". Vor mehr als sechs Jahren erhielt der Greifswalder Professor in Stockholm den "Alternativen Nobelpreis". Succows Engagement für das Nationalparkprogramm der DDR und die Ausweisung von Unesco-Weltnaturerbe-Gebieten in ehemaligen Sowjetrepubliken erhielten dadurch weltweite Würdigung. Außerdem kam ein Kapitalstock zusammen, der in die Stiftung zum Schutz der Natur einfließt. Als operative Stiftung hat sie seitdem weitere 350.000 Euro eingeworben und in Naturschutzprojekte investiert.

Zum fünfjährigen Bestehen gratulierten Naturschützer aus Politik, Verwaltung, Verbänden und Wirtschaft. Bundesumweltminister Jürgen Trittin sagte in seiner Laudatio, Succows Engagement habe ein neues gesamtdeutsches Naturschutzverständnis geprägt. Heinz Sielmann und Michael Otto, selbst Gründer von Umweltstiftungen, würdigten vor allem den Ansatz der Succow-Stiftung, mit geringem finanziellen Einsatz wichtige Teile des Naturkapitals Eurasiens nach dem Motto "Erhalten und Haushalten" zu sichern.

Auch in Deutschland ist die Stiftung aktiv, etwa beim Erwerb wertvoller Naturschutzflächen von der Treuhand-Nachfolgerin BVVG. Succow hatte 1997 die geplante Privatisierung von Schutzgebieten durch die BVVG scharf kritisiert. Der Protest Succows und vieler weiterer Naturschützer ermöglichte dann die Übernahme solcher Flächen durch Länder, Naturschutzverbände und -stiftungen. Auf ihren Flächen will die Succow-Stiftung auf wirtschaftliche Nutzung verzichten und so eine freie Naturentfaltung gewährleisten. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Michael Succow Stiftung zum Schutz der Natur, Ernst-Moritz-Arndt-Universität, Grimmer Str. 88, 17487 Greifswald
eMail: info@succow-stiftung.de
www.succow-stiftung.de

DBU strafft Aufgaben, neuer Schwerpunkt Naturschutz

Mehr vorsorgender Umweltschutz, weniger Demonstrations-Großprojekte

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) hat im April die Änderung ihrer Förderrichtlinien beschlossen. Danach soll künftig der vorsorgende Naturschutz noch mehr im Mittelpunkt stehen. Eine "inhaltliche Straffung des Aufgabengebietes" sei notwendig geworden, so die Stiftung, da man auf Grund der niedrigen Zinsen geringere Kapitalerträge zur Verfügung habe. Daher habe das Kuratorium gemeinsam mit der Geschäftsführung beschlossen, die Förderarbeit zu straffen.

Die DBU bleibt über 1,6 Milliarden Euro Kapital die größte Umweltstiftung Europas. Die Konzentration der Stiftung auf ihr Kerngeschäft ist in den neuen Richtlinien abzulesen: Wiesen die alten Förderleitlinien bei den Themen Umwelttechnik, -forschung, -kommunikation und Naturschutz zwölf Förderbereiche aus, so sind es nun nur noch neun.

Die Gründung der DBU war in die Zeit der deutschen Wiedervereinigung gefallen. Erst nach der Aufbauphase sei es möglich gewesen, sich stärker dem vorsorgenden Umweltschutz und dem Naturschutz zu widmen, so die Stiftung. Die DBU unterstützte bislang von den mit über einer Milliarde Euro geförderten 5.600 Projekten rund 2.400 innovative Ideen aus der Umwelttechnik von kleinen und mittelständischen Unternehmen mit 268 Millionen Euro. Davon flossen rund 78 Millionen Euro in Projekte für die Nutzung alternativer Energien. Mit fast 68 Millionen hat die Stiftung Naturschutzprojekte gefördert. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU), An der Bornau 2, 49090 Osnaabrück
Tel. 0541 / 9633-0, Fax -190
eMail: info@dbu.de
www.dbu.de

Theorie und Praxis der Gemeinnützigen

Interdisziplinärer Austausch im Internet: www.dritter-sektor.de

Gemeinnützige Organisationen und ihre Mitarbeiter/innen haben auch in Deutschland begonnen, ihre Gemeinsamkeiten als Mitglieder eines "Dritten Sektors" (neben privatem und staatlichem Sektor) zu diskutieren. Wissenschaftlich besteht ein großer Bedarf nach Austausch über Forschungsvorhaben und -ergebnisse, aber auch über Strategien, Entwicklungsmöglichkeiten und Identität gemeinnütziger Organisationen.

Das Internetforum "H-Dritter Sektor" will alle ansprechen, die wissenschaftlich und praktisch etwas zu dieser Diskussion beitragen wollen - sowohl Mitglieder von Forschungseinrichtungen als auch praktisch im Dritten Sektor engagierte Personen. H-Dritter Sektor publiziert Diskussionsgruppen, rezensiert Neuerscheinungen, kündigt Veranstaltungen an, veröffentlicht "Calls for papers" und berichtet über Tagungen.

H-Dritter Sektor befasst sich vorrangig mit folgenden Themen:

- Beziehung von bürgerschaftlichem Engagement, Zivilgesellschaft und Sozialstaat
- Bedeutung des Dritten Sektors in der Herstellung öffentlicher Güter und der Verteilung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit
- Bedeutung von Nonprofit-Organisationen in der Marktwirtschaft
- Funktion von Themenanwälten, auch im internationalen Bereich
- Besonderheiten der Mittelbeschaffung

H-Dritter Sektor ist Teil des in den USA beheimateten "H-Net" (Humanities Network), eines interdisziplinären Online-Netzwerks der Geistes- und Sozialwissenschaften. Das H-Net wird weltweit betreut von der Michigan State University.

Alle Beiträge für H-Dritter Sektor werden von der Redaktion moderiert. Der Austausch erfolgt im wesentlichen in deutscher Sprache. Die Teilnahme ist kostenlos. (ab, mb) ■

• Kontakt/Informationen

www.dritter-sektor.de

30 Jahre Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen

Sonderdruck: Grenzüberschreitende Bürgerkooperation am Oberrhein

Zum Wirken der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, zu ihren Kämpfen gegen Atomkraftwerke am Kaiserstuhl in Breisach und Wyhl und anderen Orten sowie gegen eine Bleichemiefabrik bei Marckolsheim ist ein kompakter, allgemein verständlicher Bericht mit Hintergrundinformationen als Sonderdruck erschienen. Die Schrift umfasst den Zeitraum 1971 bis 2002 und ist in einem von der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg herausgegebenen Sammelband enthalten.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen - und mit ihnen breite Schichten der Bevölkerung in der Region beiderseits des Oberrheins - haben in Baden-Württemberg und darüber hinaus Geschichte gemacht. Ihre Zusammenarbeit für eine Zukunft ohne Atomenergie und Giftchemie begann 1974. Triebkraft war und ist die gemeinsame Sorge vieler Menschen um die Existenzgrundlagen: für Gesundheit und künftige Generationen, für Weinbau und Landwirtschaft, für ihre Heimat, für gute Arbeitsplätze.

Die Wirkung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen reicht vom Einsatz für erneuerbare Energien in den Solarregionen in Freiburg, am Kaiserstuhl und im Elsaß bis zum neu erwachten Widerstand gegen das Atomkraftwerk Fessenheim. Eine Reihe bedeutender Umweltschutz- und Alternativenenergie-Vereinigungen der Bürger/innen, etwa das Öko-Institut in Freiburg und Alter Alsace Energies in Lutterbach, sind als Folge entstanden. Die deutsche Anti-Atom-Bewegung und der rot-grüne Atomausstieg hatten ihren Anfang am Kaiserstuhl. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Erhard Schulz, Kandelstr. 51, 79312 Emmendingen
Tel. 07641 / 41252, Fax / 570807
eMail: erhard-schulz@t-online.de

Bezug des Sonderdrucks gegen 5,- Euro in Briefmarken.: Infopunkt Klimaschutz + Umwelt, Dr. G. Löser, Wilhelmstr. 20, 79098 Freiburg/Br.

Agrarreform stagniert

Verzögerungen können Natur und Landwirtschaft schaden

Im Bundesrat gehen die Meinungen über das Tempo der Agrarreform auseinander. Die Mehrzahl der Länder will bis 2010 an der pauschalen Betriebsprämie festhalten. Damit würden weiterhin die Betriebe profitieren, die in den vergangenen Jahren maßgeblich zu Umweltproblemen beigetragen haben. Gegen Umweltschäden, Überschüsse, Hofsterben und Arbeitsplatzverlust in der Landwirtschaft hilft nach Auffassung des BUND hingegen nur eine rasche Umverteilung der Beihilfen.

Die Betriebsprämie müsse wie von der Bundesregierung vorgeschlagen spätestens ab 2007 schrittweise auf die bewirtschaftete Fläche umgelegt werden. Eine ausreichend hohe Grünlandprämie solle umgehend den Erhalt der ökologisch sinnvollen Milchwirtschaft sichern. Wirksame Auflagen müssten Monokulturen und Erosion stoppen sowie Umwelt-, Bodenschutz und Landschaftspflege garantieren. Das Beispiel Schweden zeige, wie zusätzliche Mittel für Beweidungsprogramme freigemacht werden können. Dort sollen 10 Prozent der für Brüssel bestimmten Agrarabgaben einbehalten und direkt in umweltverträgliche Weidehaltung von Rindern und Schafen investiert werden. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Aktuelles Ökobarometer: Mehr Bio für Kinder

Emnid-Umfrage: Große Mehrheit will Bionahrung für Kinder

Über 90 Prozent der Deutschen halten nach eigenen Angaben Biolebensmittel bei der Ernährung von Kindern für wichtig. Das hat das aktuelle Ökobarometer ergeben, eine repräsentative Emnid-Umfrage, die Mitte März zum vierten Mal im Auftrag des Bundesverbraucherministeriums durchgeführt wurde. Bei jedem Ökobarometer werden den Verbraucherinnen und Verbrauchern neben einer aktuellen Frage zahlreiche gleich bleibende Fragen gestellt, so dass Trends abzulesen sind.

91 Prozent der Befragten finden, dass Biolebensmittel bei der Ernährung von Kindern wichtig sind. 58 Prozent halten die Versorgung von Kindern mit Biolebensmitteln für sehr wichtig, 33 Prozent für wichtig. Nur 8 Prozent glauben, dass Biolebensmittel nicht so wichtig sind. Gentechnikfreiheit von Lebensmitteln gewinnt als Kaufkriterium an Bedeutung. Den Ausschluss von Gentechnik bei der Lebensmittelherstellung, wie er bei Bioprodukten vorgeschrieben ist, geben 40 Prozent als Kaufkriterium an. Das ist im Vergleich zum August 2003 ein Plus von sechs Prozent. Frauen sind die größeren Skeptiker gegenüber der Gentechnik: Fast der Hälfte ist es sehr wichtig, dass keine Gentechnik verwendet wird, bei den Männern ist es ein Drittel.

Positive Einstellung zu Bionahrung wächst

Insgesamt zeichnet sich eine positive Tendenz bei der Einstellung der Verbraucher zu Biolebensmitteln ab, die seit der ersten Befragung im November 2002 anhält. Der "harte Kern", diejenigen, die sich ausschließlich von Bioprodukten ernähren, ist um ein Prozent auf drei Prozent gestiegen. Auch die Gruppe der gelegentlichen Bio-Käufer ist leicht gewachsen und liegt nun bei 60 Prozent (August 2003: 59 Prozent). Kein Kaufinteresse an Bio haben unverändert 17 Prozent der Verbraucher. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesverbraucherministerium (BMVEL), PF 140270, 53107 Bonn
Tel. 0228 / 529-0, Fax -4262
eMail: info@bmvel.bund.de
www.verbraucherministerium.de
www.oekolandbau.de

Biologische Vielfalt der Feldraine ist bedroht

Vermutliche Ursachen: Überdüngung und Pflanzenschutzmittel

Eine Studie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Universität (RWTH) Aachen hat eine Verarmung der Flora und Fauna von Feldrainen festgestellt. Waren diese Lebensräume früher von einer bunten Mischung aus Blütenpflanzen sowie Schmetterlingen, Schwebfliegen und Hummeln geprägt, sei die biologische Vielfalt inzwischen in Gefahr: Viele der dort typischen Pflanzen- und Tierarten seien nur noch selten anzutreffen. Stattdessen überwuchern vielerorts einzelne Gräserarten die Raine, so die Studie, die vom Bundesumweltministerium (BMU) und Umweltbundesamt (UBA) gefördert wurde.

Als Ursache wird neben Überdüngung der angrenzenden Äcker der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht ausgeschlossen. Die Wissenschaftler/innen der RWTH empfehlen, Leitbilder für Ökosysteme als Grundlage zur Bewertung von Belastungen festzulegen. Das Ziel müsse der lebensraumtypische Zustand sein. Das wäre vor allem Blütenpflanzen und Schmetterlinge. Stattdessen fand das Forscherteam vermehrt Dominanzbestände aus wenigen Gräserarten vor. Dominanzbestände sind Folge einer erheblichen Störung der Ökosysteme, häufig aufgrund von Eingriffen in die Umwelt. Sie entstehen, wenn sich wenige, robuste Arten gegen die Vielfalt durchsetzen.

Genau dies beobachteten die Aachener Ökologen in den Feldrainen: Wenige Gräserarten bilden den Hauptbestandteil der Lebensgemeinschaft in den Rainen. Mit Überdüngung und weiteren Nutzungsfaktoren können die Dominanzbestände allein nicht erklärt werden. Daher wird als Ursache der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nicht ausgeschlossen. Das Aachener Forscherteam fordert daher, Leitbilder für die verschiedenen Biotoptypen in der Agrarlandschaft zu entwickeln und festzulegen, um Belastungen zu bewerten. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Studie: UBA-TEXTE 10/2004;
Hrsg./Bezug: Werbung und Vertrieb
Fax 030 / 2181379
eMail: berlin@wundv.com
www.umweltbundesamt.de

Aktionsplan Verbraucherschutz soll fortgesetzt werden

Verbraucherrechte sollen weiter gestärkt werden

Das Bundesverbraucherministerium (BMVEL) hat für die vergangenen drei Jahre eine positive Bilanz beim Verbraucherschutz gezogen. Vor allem beim wirtschaftlichen und gesundheitlichen Verbraucherschutz seien Kernthemen angepackt und wichtige Vorhaben abgeschlossen worden, hieß es im März.

Das neue Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) soll nach Angaben des BMVEL noch in diesem Frühjahr in Kraft treten. Klagebefugte Verbände, z.B. Verbraucherzentralen, erhalten danach einen Gewinnabschöpfungsanspruch gegen Unternehmen, die gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen haben. Das forderte der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) schon lange, kritisierte aber zu viele rechtliche Hürden in der Novelle. Auch Lockvogelangebote werden mit dem neuen Gesetz verboten. Firmen dürften nicht mehr mit besonders günstigen Angeboten werben, wenn diese nicht ausreichend zur Verfügung stünden. Unzulässig ist auch belästigende Werbung wie unverlangte Anrufe, Faxe und Mails.

Klarheit bei der Lebensmittelkennzeichnung

Verbraucherministerin Renate Künast betonte die Verbesserungen bei der europäischen Lebensmitteletikettierung. Danach sind künftig glutenhaltige und allergieauslösende Stoffe unabhängig von ihrer Menge anzugeben. Künast forderte darüber hinaus Klarheit und Wahrheit bei Kennzeichnung und Werbung für Lebensmittel. Dabei geht es um zwei Vorschläge der EU-Kommission: die Verordnung über nährwert- und gesundheitsbezogene Angaben über Lebensmittel, so genannte health claims, und die Verordnung über den Zusatz von Vitaminen und Mineralstoffen. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Markgrafenstr. 66, 10969 Berlin
Tel. 030 / 25800-0, Fax -518
eMail: info@vzbv.de
www.vzbv.de
BMVEL, s.o.

Erste Gastronomie-Kette erhält Bio-Zertifikat

Bei IKEA gehen jährlich über 400.000 Bio-Menüs über den Tresen

IKEA hat im April als erstes Unternehmen der System-Gastronomie das Bio-Zertifikat erhalten. Das Zertifikat berechtigt bundesweit zum Angebot von Bio-Menüs in allen IKEA-Restaurants. Die unabhängige Kontrollstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz (GfRS) führte die Erstkontrolle nach den Richtlinien der EG-Bio-Verordnung durch. Damit festigt IKEA seine Stellung als Bio-Vorreiter in der System-Gastronomie.

Täglich bietet IKEA den Besuchern in Deutschland nun ein Tagesgericht sowie ein Kindermenü in Bio-Qualität an. Allein in den letzten acht Monaten des vergangenen Jahres wurden nach Angaben von IKEA rund 410.000 Gerichte mit Bio-Siegel verkauft, Tendenz steigend. In Zukunft strebe das Unternehmen einen Ausbau des Bio-Angebotes an. (mbu) ■

• **Kontakt/Informationen**

Ökologischer Großküchen Service (ÖGS), Claudia Zilz, Galvanistr. 28, 60486 Frankfurt/Main
Tel. 069 / 977819-11, Fax -19
eMail: claudia.zilz@oegs.de
www.oegs.de

Lesenswert

Natur- und Sozialverträglichkeit des Integrierten Obstbaus

Diese Arbeit ist die erste vergleichende Übersicht über die derzeit in Deutschland gängigen Obstproduktionsmethoden: Den integrierten Niederstammobstbau, den ökologischen Niederstammobstbau sowie den Streuobstbau. Dem Nachhaltigkeits-Leitbild entsprechend werden Daten zu Ökologie, Ökonomie und sozialen Aspekten erhoben. Die Ergebnisse werden jeweils zusammenfassend dargestellt und diskutiert. Abschließend findet eine Bewertung der Natur- und Sozialverträglichkeit der drei untersuchten Obstproduktionsmethoden statt: Nach den vorliegenden Erkenntnissen sei der Integrierte Obstbau weder umwelt- noch nützlingschonend. Im Vergleich zum Streuobstbau sei aber auch der ökologische Niederstammobstbau nur eingeschränkt naturverträglich. Davon ausgehend formulieren die Autoren politische Empfehlungen für einen natur- und sozial verträglichen Obstbau. (mbu)

Natur- und Sozialverträglichkeit des Integrierten Obstbaus - Ein Vergleich des integrierten und des ökologischen Niederstammobstbaus sowie des Streuobstbaus; Heft 151 der Arbeitsberichte des Fachbereichs Architektur, Stadtplanung, Landschaftsplanung, 430 S., 23,- Euro, ISBN 3-89117-131-5; Bezug: NABU-Streuobst-Materialversand, Hochwiesenweg 40, 73733 Esslingen, eMail: naturpaedagogik@t-online.de, www.nabu.de/streuobst/materialversand.htm

Öko-Audit in der Landwirtschaft

Diese DNR- Dokumentation fasst die Ergebnisse einer Informationsveranstaltung über Agrarumweltmanagementsysteme bei der Agritechnica 2003 in Hannover zusammen. Die Autoren zeigen auf, welche Chancen die Einführung eines Öko-Audits für kleinere und mittlere Landwirtschaftsbetriebe bietet. Die Dokumentation soll helfen, auf unbürokratische Art Umweltmanagementsysteme in der Landwirtschaft zu etablieren. (mbu) ■

DNR (Hrsg.): Umwelt- und Qualitätsmanagement in der Agrarwirtschaft, Bonn 2004; Bezug: DNR, Helmut Röscheisen, Fax 0228 / 359096, eMail: info@dnr.de

Dosenpfand entspricht bundesdeutschem Recht

Dosenlobby hat alle 12.000 bisherigen Gerichtsverfahren verloren

In einer für die Geschichte Deutschlands beispiellosen Klagewelle haben die Großfirmen des Handels unter Führung von Metro, Rewe und Tengemann sowie großer Einwegabfüller in 12.000 Einzelklagen die Anwendung geltenden Rechts zu verhindern versucht, sind dabei aber stets gescheitert.

Die eindeutige Entscheidung des Berliner Oberverwaltungsgerichts in den letzten vier anhängigen Eilverfahren habe nun "letzte Hoffnungen der Dosenlobby auf Aussetzung des Dosenpfandes beseitigt", so Jürgen Resch, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe (DUH), der die Lobbyarbeit der Umweltverbände koordiniert.

Roland Demleitner vom Bundesverband mittelständischer Privatbrauereien sagte, die OVG-Entscheidung sei "eine erneute eindrucksvolle Bestätigung des Dosenpfandes und schafft weitere Investitionssicherheit für die Mehrwegbranche".

Neue Arbeitsplätze dank Dosenpfand

Die mittelständische Brauwirtschaft habe seit Inkrafttreten des Dosenpfandes mehr als 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und eine Investitionswelle in neue Abfüllanlagen, Mehrweggebinde und Logistik gestartet. An die Einweglobby richtete Demleitner den Appell, die gesetzliche Situation endlich zu akzeptieren: "Das Dosenpfand wird bleiben und ist für jeden Betrieb, der auf die umweltfreundliche Mehrwegflasche setzt, eine Erfolgsstory."

Das OVG stellte fest, dass das Dosenpfand vollständig mit EG-Recht vereinbar ist. Selbst die von der EU-Kommission kritisierten Inzellösungen werden als eine zulässige Umsetzung angesehen. Ein mögliches "Versäumnis der Einrichtung adäquater Rücknahmesysteme" falle in den Risikobereich der die Pfandpflicht ablehnenden Unternehmen und könne nicht dem Staat zugerechnet werden. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Umwelthilfe e.V., Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

Mehr Transparenz beim Recycling

NABU fordert Informationen über den Verbleib aller Verpackungen

Anlässlich des im April vorgestellten Ressourcenberichtes des "Grünen Punktes" hat der Naturschutzbund (NABU) die so genannten Selbstentsorger und die anderen dualen Systeme aufgefordert, ebenfalls ihre Recyclingquoten für Verpackungen zu veröffentlichen. Während der Grüne Punkt jährlich den Nachweis über den Verbleib seiner Verpackungen öffentlich mache, blieben die Nachweise der Selbstentsorger und anderer dualer Systeme in den Schubladen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), kritisierte der NABU.

Seit etwa einem Jahr bestehen neben dem DSD auch andere Systeme, die derzeit auf regionaler Ebene für die Sammlung, Sortierung und Verwertung von Verkaufsverpackungen verantwortlich sind. Der NABU fordert nun von den Umweltministerien der Länder und der DIHK den Zugang zu den Mengenstromnachweisen dieser Systeme. Der Staat müsse seiner Aufgabe nachkommen und die Nachweise von den Selbstentsorgern einfordern und ebenfalls die Einhaltung ökologischer Standards kontrollieren.

Die gesetzlichen Verwertungsvorgaben könnten aber nur dann sichergestellt werden, wenn die Angaben der für die Verwertung beauftragten Unternehmen einsehbar seien und kontrolliert werden könnten, so der NABU. Beim Recycling dürfe es keine Unterschiede geben, alle Systeme müssten die gleichen Aufgaben erfüllen und diese auch nachweisen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Emissionsregister jetzt öffentlich

Umweltdaten von 1.800 deutschen Industriebetrieben im Netz

Umweltbelastungen durch Industriebetriebe haben an Transparenz gewonnen. Die Zahlen zum Schadstoffausstoß von 1.800 deutschen Industriebetrieben sind jetzt im Internet verfügbar. Bundesweit kann damit der Ausstoß der wichtigsten Schadstoffe großer Betriebe in die Luft und das Wasser gezielt abgefragt werden. Die Daten wurden von den Betreibern erhoben und von den zuständigen Behörden der Bundesländer auf Plausibilität geprüft. Das Angebot soll künftig auf weitere Bereiche ausgedehnt werden. Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamts (UBA), bezeichnete das Angebot als "wichtigen Schritt in Richtung öffentlicher Zugang zu Umweltinformationen".

◆ Troge forderte die Öffentlichkeit auf, das neue interaktive Angebot intensiv zu nutzen und sich an der Diskussion zur Weiterentwicklung zu beteiligen. Bislang gibt es in Deutschland noch keine Erfahrungen mit öffentlichen Emissionsregistern. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Umweltbundesamt (UBA), Postfach 330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
eMail: presse@uba.de
www.umweltbundesamt.de

Bundestag beschließt neues Ökostrom-Gesetz

Aktionsbündnis: Riesenschritt auf dem Weg in eine neue Energiewirtschaft

Der Bundestag hat Anfang April die Neuregelung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Die neuen Förderregeln für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stießen auf breite Zustimmung. Das "Aktionsbündnis Erneuerbare Energien", dem neben Umweltverbänden auch der Bundesverband mittelständische Wirtschaft sowie Gewerkschaften, der deutsche Bauernverband und kirchliche Organisationen angehören, wertete die Novelle als "Riesenschritt" auf dem Weg in eine neue Energiewirtschaft.

Das Parlament beschloss die von Rot-Grün vorgelegte EEG-Novelle gegen den Widerstand der Opposition. Im Einzelnen wird darin die künftige Vergütung bei der Stromerzeugung aus Wind- und Solar-energie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme geregelt. Ziel ist es, den Anteil regenerativer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 20 Prozent zu steigern. Zugleich sollen über die Härtefallregelung für stromintensive Betriebe mehr Unternehmen als bisher entlastet werden.

Ökologische Modernisierung schließt Wettbewerbsfähigkeit nicht aus

In der Debatte verwies Bundesumweltminister Jürgen Trittin darauf, dass dank der regenerativen Energien bereits 50 Millionen Tonnen CO₂ eingespart und 120.000 Arbeitsplätze geschaffen worden seien. Dies zeige, dass ökologische Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit bestens zusammen gehen. Der SPD-Energieexperte Hermann Scheer wandte sich gegen Kritik, die Förderung der erneuerbaren Energien sei zu teuer. Aus gesellschaftsökonomischer Sicht seien vielmehr die herkömmlichen Energieträger längst unbezahlbar, sagte Scheer. Sein Fraktionskollege Marco Bülow unterstrich, dass jeder Haushalt nur einen Euro pro Monat für die erneuerbaren Energien aufbringen müsse.

Unions-Fraktionsvize Horst Seehofer (CSU) forderte dagegen, die erneuerbaren Energien müssten sie sich irgendwann einmal selbst tragen können und nur noch dort eingesetzt werden, wo sie auch sinnvoll seien. So machten etwa Windräder an ungünstigen Standorten keinen Sinn. ▶

Windstrom wird um 36 Prozent billiger

Die IG Metall begrüßte, dass mit der EEG-Novelle die Arbeitsplätze in einer Wachstumsbranche sicherer würden. Langfristig rechnet die Gewerkschaft mit einer Million Beschäftigten im Bereich Erneuerbare Energien. Der Deutsche Bauernverband betonte, die Bauern könnten nun mit der Sicherheit rechnen, die sie für Investitionen in die Stromproduktion aus nachwachsenden Rohstoffen benötigten. Ein Sprecher des Bundesverbandes Windenergie kündigte an, dass als Folge der Novelle Windstrom innerhalb der nächsten zehn Jahre um 36 Prozent billiger werde.

Die Novelle soll noch vor der Sommerpause in Kraft treten. Der Bundesrat wird sich voraussichtlich Mitte Mai mit dem Gesetz befassen, das aber nicht der Zustimmung der Unions-dominierten Länderkammer bedarf. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bundesumweltministerium, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-2010, Fax -2016
www.bmu.de
www.erneuerbare-energien.de

Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE), Teichweg 6, 33100 Paderborn
Tel. 05252 / 939800, Fax -52945
eMail: info@bee-ev.de
www.bee-ev.de
www.eeg-aktuell.de

Offshore-Windpark Borkum-West: Klage gescheitert

Inselkommunen befürchten Schäden für Wattenmeer und Tourismus

Das Verwaltungsgericht Hamburg hat Ende März Klagen gegen den geplanten Windpark "Borkum-West" als unzulässig abgewiesen. Die ostfriesischen Inselkommunen Borkum, Juist, Norderney, Baltrum, Langeoog, Spiekeroog, Wangerooge und mehrere Fischereigesellschaften wollten die Errichtung von 208 Windrädern knapp 50 Kilometer nordwestlich von Borkum verhindern.

Insel-Sprecher Reinhard Kaib bezeichnete das Urteil als inakzeptabel und kündigte an, den Rechtsweg ausschöpfen zu wollen. Die Klage Borkums richtete sich gegen das für die Genehmigung zuständige Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH). Das zentrale Argument der Windkraft-Gegner lautet: Ein möglicher Schiffsunfall könnte den vom Tourismus lebenden Bewohnern die Existenzgrundlage entziehen und das Naturparadies im Wattenmeer auf Dauer schädigen.

Erbauer des Parks ist das in Leer beheimatete Unternehmen Prokon-Nord. In einer Pilotphase, die nächstes Jahr beginnen soll, sollen vor Borkum zwölf Windkraftanlagen auf einer Grundfläche von fünf bis sechs Quadratkilometern (mit einer Sicherheitszone von elf Quadratkilometern) errichtet werden. Später sollen es insgesamt 208 bis zu 150 Meter hohe Anlagen werden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

NABU, Energiereferent Frank Musiol, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-164, Fax -203
eMail: frank.musiol@nabu.de
www.nabu.de

Windkraft-Streit beim "Spiegel"

Pro-Windkraft-Beitrag nicht gedruckt - Redakteur verlässt das Blatt

Ist Windkraft gut oder schlecht? Der Tenor der Titelgeschichte der Ausgabe 14 des Nachrichtenmagazin "Spiegel" war eindeutig: schlecht. Wie die Tageszeitung "taz" Anfang April berichtete, kündigte daraufhin Spiegel-Redakteur Harald Schumann. Der Grund: Zu sehr widersprach die Darstellung von "hoch subventionierter Landschaftszerstörung" und "Verspargelung der Landschaft" seiner eigenen Sicht auf das Thema. Sein eigener, bereits im vergangenen Jahr recherchierter Text zum Thema war von der Chefredaktion abgelehnt worden.

Schumann hatte laut Angaben der "taz" gemeinsam mit seinem Kollegen Gerd Rosenkranz bereits im Herbst vergangenen Jahres eine große Geschichte zur Zukunft der deutschen Energiepolitik recherchiert und geschrieben. Schumann veröffentlichte Anfang April diesen ursprünglichen Text in der "Netzeitung".

Die Artikel sind ein Beispiel dafür, dass selbst bei gründlichster Recherche zum selben Thema zwei vollkommen unterschiedliche journalistische Texte entstehen können - je nachdem, welche Meinung der Autor vertritt. Hier ein Beispiel, wie unterschiedlich die Journalisten die künftige Entwicklung der Energiepreise einschätzen:

Dohmen/Hornig: "Ob die Preise für konventionelle Energie derart ansteigen, wie es die Mühlenbranche erhofft, ist zweifelhaft. Die Forschungsinstitute gehen zurzeit davon aus, dass sich die Rohstoffpreise zumindest bis zum Jahr 2012 nicht wesentlich verändern werden. Sollte sich die Prognose bewahrheiten, ist die Wettbewerbsfähigkeit der Mühlenbauer auch in etlichen Jahren nicht erreicht. Im Gegenteil: Clements Gutachter zumindest erwarten, dass Strom aus erneuerbaren Energien auch im Jahr 2010 noch mit mehr als dem Doppelten des Großhandelspreises für Strom vergütet wird." ▶

Rosenkranz/Schumann: "Gleichzeitig rechnen auch die Fachleute der Stromkonzerne für die kommenden Jahre mit massiven Preisschüben bei konventionell erzeugtem Strom, weil alte abgeschriebene Meiler durch neue Kraftwerke ersetzt werden müssen. Schon jetzt müssen darum Industriebetriebe oder Stadtwerke, die heute vorsorglich Stromkontingente für 2005 oder später ordern, einen Preisaufschlag von 14 bis 20 Prozent zahlen.

Schumann: Kosten für Windstrom sanken um 55 Prozent

Dagegen bewegen sich die Kosten für Windstrom auf der technologischen Lernkurve mit der Verbesserung und Vergrößerung der Rotoren laufend nach unten. Bereits in den vergangenen zwölf Jahren sanken die Kosten für die Kilowattstunde Windstrom um 55 Prozent. Die Kosten-schere zwischen Ökostrom und dem aus konventionellen Großkraftwerken, "geht nicht auseinander, sondern zusammen", resümiert Johannes Lackmann, Präsident des Bundesverbandes Erneuerbare Energien. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) rechnet sogar damit, dass die „Differenz im kommenden Jahrzehnt gegen null gehen' werde. Damit hätte sich das EEG von selbst erledigt." (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Quellen:
taz, 6.4.2004, Seite 13
www.taz.de/pt/2004/04/06/a0179.nf/text

www.netzeitung.de/medien/280662.html

Der Spiegel, 29.3.2004,
www.spiegel.de/spiegel/inhalt/0,1518,ausg-1434,00.html

Mehr tote Vögel durch Autos als durch Windräder

Erwiesen ist aber, dass WKA den Vogelzug stören

Die Auswirkungen von Windkraftanlagen (WKA) auf Vögel und Fledermäuse sind weiter umstritten. Das zeigt folgendes Beispiel: Ein Tagungsbericht der "Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg" beschrieb Ende 2003 den dramatischen Vogel-tod durch Windkraftpropeller. Tagungsteilnehmer Bernd Schott vom BUND Baden-Württemberg berichtete allerdings im Februar in der Zeitschrift "Umwelt kommunale ökologische Briefe", dass die anwesenden Experten zu ganz anderen Ergebnissen gekommen seien. Nach der Aussage der Wissenschaftler gebe es sogar positive Effekte für Vögel, etwa wenn Greifvögel die WKA als Ansitz benutzen oder die Mastfüße zum Biotop in einer "ausgeräumten Landschaft" werden.

Die meisten negativen Effekte von WKA träten während der Bauphase auf, wenn die Vögel in ihrem Nist- oder Balzverhalten gestört werden - sie seien zwei Jahre später wieder abgeklungen. Ernst zu nehmen sei hingegen der Einfluss auf Zugvögel: WKA könnten schlimmstenfalls zu Abbruch und Änderung der Zugroute führen. Insgesamt kämen aber durch eine WKA deutlich weniger Vögel um als etwa durch den Straßenverkehr getötet werden. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Bernd Schott, BUND Baden-Württemberg, Paulinenstr. 47, 70178 Stuttgart
Tel. 0711 / 620306-0, Fax -77
eMail: bernd.schott@bund.net
www.bund.net/bawue

Quelle: Umwelt kommunale ökologische Briefe, 18.02.2004, S. 11
www.umweltbriefe.de

Emissionshandel: "Kniefall vor der Lobby"

Umweltverbände: verpatzter Einstieg in den Treibhausgas-Handel

Ende März haben die Regierungskoalitionen den Streit um den Emissionshandel beigelegt. Mit Vermittlung von Bundeskanzler Gerhard Schröder einigten sich Umweltminister Jürgen Trittin und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement auf die Details des Abgashandels. Während Clement von einem "sehr guten Ergebnis" und Trittin von einem "ordentlichen Kompromiss" sprach, kritisierten die Umweltverbände und auch Koalitionspolitiker den Beschluss.

"Die Industrie muss nur ein Drittel von dem bringen, was sie laut ihrer Selbstverpflichtung hätten bringen müssen", sagte der grüne Fraktionsvize Reinhard Loske der Tageszeitung "taz". Nach Meinung des umweltpolitischen Sprechers der Grünen, Winfried Hermann, liegt der Kompromiss "knapp über der Grenze zum Nichtstun". SPD-Fraktionsvize Michael Müller sieht in der Einigung kaum noch ein positives Signal für den Klimaschutz.

"Bärendienst für den Klimaschutz"

Kritik übten auch die Umweltverbände. Ein Sprecher des Naturschutzbundes NABU sprach von einem "Kniefall vor den Interessen der Industrie". Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) sieht in dem Kompromiss zum nationalen Allokationsplan einen verpatzten Einstieg in den Handel mit Klimagasen. Bundeskanzler Schröder habe sich auf die Seite veralteter Industrien und gegen einen ambitionierteren Klimaschutz gestellt. Auch die Engstirnigkeit des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI) und des Bundeswirtschaftsministers habe dem Klimaschutz einen Bärendienst erwiesen.

Es sei damit zu rechnen, dass sich andere EU-Staaten an dem nun beschlossenen Nationalen Allokationsplan von Deutschland, dem größten Energieland der EU, orientieren werden. Damit sei spätestens im Jahr 2006, wenn EU-weit der Allokationsplan für die Kioto-Zieljahre (2008-2012) festgelegt wird, mit einer massiven Debatte in der EU zu rechnen, sich von Kioto zu verabschieden, befürchtete der BUND. ▶

Nach Einschätzung der Nord-Süd-Initiative Germanwatch stellt der Kompromiss eine Wende der deutschen Klimapolitik dar. Germanwatch-Klimaschutzexperte Christoph Bals sagte, es handele sich um einen Sieg des Lobbyismus gegen das Gemeinwohl. Die Industrie werde vom Großteil ihrer vor drei Jahren gegebenen Klimaschutzzusagen befreit. Sie erhalte nun Zertifikate für jährlich 15 Millionen Tonnen CO₂ geschenkt. Deutschland könne sein Kioto-Ziel damit nur noch erreichen, wenn die Regierung nun massive Maßnahmen in den Bereichen Verkehr und Haushalte ergreife.

Eckpunkte des Kompromisses

Statt wie zugesagt 28 Millionen Tonnen muss die Industrie von 1998 bis 2012 ihren Ausstoß nur um 13 Millionen Tonnen CO₂ reduzieren. Der Anreizmechanismus ist so schwach ausgestattet, dass vermutlich nur ungenügende Anstöße für eine treibhausgasarme Energieversorgung in Deutschland gesetzt werden. Kraftwerksneubauten erhalten eine Zusage, dass auf sie 18 Jahre keine Verpflichtungen zukommen. Eine Stilllegungsregelung, die den größten Mißbrauch ausschaltet, fehlt in dem Kompromiss. Neue Steinkohle und Gaskraftwerke werden 14 Jahre nach Bedarf ausgestattet. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

BUND, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: bund@bund.net
www.bund.net

Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2888356-0, Fax -1
eMail: info@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Bundesumweltministerium (BMU), Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Tel. 01888 / 305-0, Fax -4375
www.bmu.de
Nationaler Allokationsplan (Download):
www.bmu.de/de/1024/js/sachthemen/emissionshandel/nap
Quelle: taz 31.03.2004, Seite 1

Lesenswert

Handbuch Energierecht

Das Energierecht hat sich in den vergangenen Jahren teilweise grundlegend geändert. Das Handbuch "Energierecht" greift diese aktuellen Entwicklungen auf. Mit den Beiträgen zum Privaten Energierecht zeigt das Werk die Rechte und Pflichten der Marktteilnehmer nach der Liberalisierung auf. Im Bereich des Öffentlichen Energierechts liegt der Schwerpunkt auf dem Anlagengenehmigungsrecht. Hier werden die sich in der täglichen Praxis stellenden Probleme dargestellt. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Auftragsvergabe durch die öffentliche Hand wird dem Vergaberecht ein eigener Teil gewidmet. Das Werk soll eine Arbeitshilfe sein für Rechtsanwälte, Behörden, Verbände der Energiewirtschaft und Energieanlagenplaner. (vl)

Dr. Marcus Rayermann/ Helmut Loibl:
Energierecht Handbuch, Erich Schmidt Verlag, Berlin 2003, 413 S., 79,80 Euro, ISBN 3503074686

CD-ROM "Nachwachsende Rohstoffe"

Die CD-ROM informiert über alternative Nutzungsmöglichkeiten von Pflanzen und die gestiegene Bedeutung der nachwachsenden Rohstoffe als Alternative zu Erdölprodukten. Sie wurde im Auftrag des Hessischen Umweltministeriums an der Universität Gießen entwickelt. Über 70 verschiedene Rohstoffpflanzen werden ausführlich vorgestellt. Auf der CD-ROM befinden sich allgemeine Berichte über Rohstoffe, Verarbeitung, Produkte und Forschung, die zum grundlegenden Verständnis der jeweiligen Themen beitragen. Eine ausführliche Adressenliste verweist auf weiterführende Quellen, Forschungseinrichtungen, Ministerien und Ämter. Außerdem enthält die CD-ROM eine umfangreiche Bilddatenbank. Der Datenträger eignet sich besonders für Schulen und andere Bildungsstätten. (vl)

CD-ROM "Nachwachsende Rohstoffe", kostenlos; Hrsg./Bezug: Universität Gießen, Professur für Pflanzenzüchtung, Heinrich-Buff-Ring 26-32, 35392 Gießen, Tel. 0641 / 99374-35, Fax -29

Bundesrat blockiert Gentechnik-Gesetz

Verstöße gegen Kennzeichnung von Genfood bleiben zunächst straffrei

Nachdem Anfang April der Unions-dominierte Bundesrat das Gentechnik-Durchführungsgesetz an den Vermittlungsausschuss verwiesen hat, gibt es für potenzielle schwarze Schafe in der Lebensmittelbranche ein Schlupfloch. Denn in Deutschland gibt es voraussichtlich bis Juni keine einheitlichen Kontrollen und Sanktionen bei Verstößen gegen die Kennzeichnungspflicht.

Zwar müssen seit dem 18. April in der EU Lebens- und Futtermittel gekennzeichnet werden, die Gentechnik enthalten. Da die Firmen aber nicht einheitlich bestraft werden können, fürchten Gentechnik-Kritiker, dass zahlreiche Produkte nicht ordnungsgemäß beschriftet werden. Bundesverbraucherministerin Renate Künast bezeichnete die Haltung des Bundesrates als "unverantwortliche Blockade zu Lasten des Verbraucherschutzes".

Haftungsregelung und Länderregister im Vermittlungsausschuss

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hingegen begrüßte die Absicht der Ländervertretung, eine verschuldensabhängige Haftung im Gentechnik-Gesetz festzulegen. Danach müssen Landwirte, die gentechnisch veränderte Pflanzen anbauen, nur bei Verstößen gegen die gute fachliche Praxis haften. Für Schäden durch Kontamination und Auskreuzung soll ein Ausgleichsfonds geschaffen werden. In diesen Fonds sollen nach den Vorschlägen des Bundesrates alle einzahlen, die einen Nutzen aus dem Anbau von Gen-Pflanzen haben.

Die agrarpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen Ulrike Höfken geht davon aus, dass die Verbraucher, deren Mehrheit kein Gen-Food will, mit ihren Steuergeldern für die Risiken zahlen werden. Der Gesetzentwurf der Regierung hatte Strafen von bis zu 50.000 Euro vorgesehen, wenn genmanipulierte Lebensmittel nicht entsprechend gekennzeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen die Vorschriften sollten sogar mit Haftstrafen bis zu fünf Jahren geahndet werden. ▶

Umweltrat: Staat muss gentechnikfreien Anbau garantieren

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU) hat der Bundesregierung empfohlen, bei der Novellierung des Gentechnikgesetzes nicht dem Druck der Gentechnik-Befürworter nachzugeben. Grüne Gentechnik sollte nur dann eingesetzt werden dürfen, wenn der konventionelle und der ökologische Landbau dadurch nicht in ihrer Existenz gefährdet würden.

In einem Kommentar des Rates zur Umweltpolitik hieß es, der Gesetzentwurf sei gegenüber dem ursprünglichen, der eindeutiger an Schutzziele ausgerichtet war, zu Gunsten der Grünen Gentechnik modifiziert worden. Der Umweltrat empfahl der Regierung desweiteren im Gesetz Kriterien zur Risikobewertung und der guten fachlichen Praxis festzulegen. Außerdem sollten im Standortregister die geplanten konventionellen Kulturen in der Nähe von Feldern mit Gen-Anbau frühzeitig dokumentiert werden. Der Gen-Anbau in der Nähe von Natura2000-Schutzgebieten sollte anzeigepflichtig sein und verboten werden können. (mbu)

• Kontakt/Informationen

Gen-ethisches Netzwerk, Brunnenstr. 4, 10119 Berlin
Tel. 030 / 6857073
eMail: gen@gen-ethisches-netzwerk.de
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen, Reichpietschufer 60, 10785 Berlin
Tel. 030 / 263696-0, Fax -109
eMail: christian.hey@uba.de
www.umweltrat.de

Neue Zuständigkeiten im Gentechnikrecht

Höchster Entscheidungsträger ist nun Bundesamt für Verbraucherschutz

Seit April gelten beim Gentechnikrecht neue Zuständigkeiten. Die oberste Verantwortung liegt nun beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL). Der Gentechnik-Bereich beim bisher zuständigen Robert-Koch-Institut ist in großen Teilen an das BVL übergegangen. Genehmigungsanträge für Freisetzungen und Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen sind nun beim BVL einzureichen. Das Bundesamt ist zugleich die für Deutschland in den EU-Verfahren zuständige Behörde.

Bundesamt für Naturschutz löst Umweltbundesamt ab

Entscheidungen über Freisetzungen von gentechnisch veränderte Pflanzen trifft das BVL gemeinsam mit dem Bundesamt für Naturschutz (BfN) und der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA). Das BfN übernimmt damit die Rolle des Umweltbundesamtes (UBA). Vom Robert-Koch-Institut (RKI) und der zuständigen Behörde des betroffenen Bundeslandes sind Stellungnahmen einzuholen. Vor der Entscheidung über das Inverkehrbringen einer Gen-Pflanze geben BfN, BBA und RKI Stellungnahmen ab. Die Entscheidung selbst wird in einem EU-weiten Verfahren getroffen, das von der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) koordiniert wird.

Die Neuaufteilung der Zuständigkeiten ist Teil der Gentechnik-Novelle (siehe vorhergehenden Beitrag). Die Bundesregierung hatte dafür ein eigenes Gesetz vorgelegt, um rasch Änderungen zu erreichen. Wie beim neuen Gentechnik-Gesetz hatte es auch bei der Änderung der Zuständigkeiten ein Vermittlungsverfahren zwischen Bundestag und Bundesrat gegeben. Vor allem den Wechsel vom UBA zum BfN lehnte die Mehrheit der Bundesländer ab. Die Koalition konnte jedoch mit der erforderlichen "Kanzlermehrheit" ihre Pläne durchsetzen. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

BVL, PF 140162, 53056 Bonn
Tel. 0228 / 6198-0, Fax -120
eMail: poststelle@bvl.bund.de
www.bvl.bund.de

Bundesweite Proteste gegen Gentech-Nahrung

Weg frei für Genfood auf Äckern und in Supermärkten

Der Streit zwischen Befürwortern und Gegnern des Anbaus von Genpflanzen geht weiter. Gentechnisch veränderter Mais der Sorte Bt11 wird voraussichtlich demnächst EU-weit zum Verkauf zugelassen. Die EU-Agrarminister haben Ende April das Moratorium zur Zulassung von Gentech-Pflanzen aufgehoben. Damit ist der Weg frei für Gen-Nahrung auf den Äckern und in den Supermärkten.

Gen-Saat-Anbau in Sachsen-Anhalt gestartet

In Sachsen-Anhalt startete inzwischen der großflächige Anbau von gentechnisch verändertem Mais. Das Land will in den nächsten Jahren 100 Millionen Euro für die Förderung der Gentechnik bereitstellen. Dagegen forderte das Aktionsbündnis "Keine Gentechnik auf Sachsen-Anhalts Feldern" einen Volksentscheid. 72 Prozent der Befragten hätten sich Ende letzten Jahres gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel ausgesprochen.

CSU für Gen-Saat-Experimente mit Begleitforschung

Die CSU im bayerischen Landtag sprach sich dafür aus, die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Pflanzen auf die Landwirtschaft in Bayern wissenschaftlich begleiten zu lassen. Im Landkreis München unterschrieb dagegen die Mehrheit der über 800 Landwirte eine Erklärung, dass sie auf Gentech-Saatgut verzichten wollen.

Aktionsbündnisse und gentechnikfreie Zonen in allen Bundesländern

In fast allen Bundesländern gibt es inzwischen Aktionsbündnisse und Initiativen für gentechnikfreie Zonen. Eine Zusammenstellung dieser Bündnisse findet sich auf den Internetseiten des BUND. Außerdem sind die Kommunen und Landkreise aufgelistet, die beschlossen haben, keinen Einsatz von Gentechnik auf ihren Flächen zu erlauben. Der BUND unterstützt Bauern beim Einrichten großflächiger gentechnikfreier Regionen mit Informationen und Beratung. ● ▶

Bauernverband: Gentechnik nein, solange Risiken selbst zu tragen sind

Der Deutsche Bauernverband rät Landwirten davon ab, sich am Erprobungsanbau mit Gen-Mais zu beteiligen. Begründung: Das neue Gentechnikgesetz, das im April im Bundesrat gescheitert ist, sieht eine Haftung für Bauern vor, die Gen-Pflanzen einsetzen. Die Biologische Bundesanstalt hat für Sachsen-Anhalt ein Forschungsbegleitprogramm entworfen.

Fehlende Kennzeichnung für Fleisch, Milchprodukte und Eier in der Kritik

Zum Start der Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderte Lebensmittel am 18. April haben Tausende Kritiker/innen gegen Gentechnik protestiert. Allein in Stuttgart gingen mehr als 10.000 Menschen auf die Straße. Sie folgten dem Aufruf des Aktionsbündnisses "Gentechnikfreie Landwirtschaft". Hinter dem Bündnis stehen 50 Organisationen aus der Landwirtschaft und dem Umwelt- und Verbraucherschutz. Mitglieder des Aktionsbündnisses bekräftigten ihre Ansicht, dass eine Koexistenz zwischen Gen-Anbau und gentechnikfreiem nicht möglich sei. Das sei durch Erfahrungen in Kanada und Argentinien belegt.

Der BUND wies darauf hin, dass bestimmte Gentech-Lebensmittel weiterhin nicht gekennzeichnet werden müssten. Das gelte vor allem für Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert worden sind, also Milch, Käse, Joghurt, Fleisch und Eier. Dabei würden zur Zeit 80 bis 90 Prozent aller weltweit angebaute Gentech-Pflanzen zu Tierfutter verarbeitet. Umso wichtiger sei die Rolle der Bauern, denn die könnten dank der neuen Vorschriften erkennen, ob ein Futtermittel gentechnisch verunreinigt sei.

Unternehmen wie Müllermilch, Herta oder Deutsches Frühstücksei ignorieren nach Angaben von Greenpeace den Verbraucherwunsch nach gentechnikfreier Nahrung. Diesen Firmen sei es egal, ob Tiere mit Gen-Pflanzen gefüttert würden. Handelsketten wie Edeka und tegut gingen dagegen mit gutem Beispiel voran. Sie würden nicht nur Gen-Zutaten in ihren eigenen Fleisch- und Wurstmarken vermeiden, sondern hätten Gen-Pflanzen zudem aus den Futtermitteln dafür verbannt. Auch Firmen wie Wiesenhof oder Unilever zeigten, dass es ohne Gen-Soja im Tierfutter ginge. ▶

Die neuen Kennzeichnungsvorschriften bringen aus Sicht der Gen-Kritiker auch Vorteile für die Verbraucher. Erstmals müsse beispielsweise gentechnisch verändertes Sojaöl gekennzeichnet werden. Viele Lebensmittelunternehmen hätten inzwischen Zutaten aus ihren Produkten genommen, die seit 18. April kennzeichnungspflichtig sind. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

BUND, Heike Moldenhauer, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
eMail: heike.moldenhauer@bund.net
www.bund.net
www.faire-nachbarschaft.de

Greenpeace, Henning Strodthoff, Große Elbstr. 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618-0, Fax -100
eMail: henning.strodthoff@greenpeace.de
www.greenpeace.de

Foodwatch, Brunnenstr. 181, 10119 Berlin
Tel. 030-28093995, Fax -24047626
eMail: info@foodwatch.de
Internet: www.foodwatch.de

Netzwerk geNOfood
Tel. 03338 / 758274
mobil: 0162 / 5179606
eMail: genofood@gmx.de
www.genofood.de.vu

Internetdiskussion zum "Dialog Nachhaltigkeit"

Chat-Reihe soll zur Sprache bringen, was bisher erreicht wurde

Im kommenden Herbst will die Bundesregierung in einem ersten Fortschrittsbericht über den Stand der Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie berichten. Wie bereits die Strategie selbst soll auch der Fortschrittsbericht in einem breiten Dialog mit interessierten Bürger/innen erarbeitet werden.

Dazu startet am 18. Mai eine neue Internet-Chat-Reihe mit Vertreter/innen der Bundesregierung und des Rats für Nachhaltige Entwicklung. Grundlage der Diskussion soll der Entwurf des Fortschrittsberichts sein, der ab Mitte Mai im Internet einzusehen ist oder per Post angefordert werden kann.

Dienstag 18 Uhr:

www.dialog-nachhaltigkeit.de

Folgende Gesprächspartner/innen stehen auf www.dialog-nachhaltigkeit.de zu den angegebenen Themen jeweils dienstags von 18 bis 19 Uhr zur Verfügung:

- 18. Mai: Dr. Frank Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes: "Stand der Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie"
- 25. Mai: Margareta Wolf, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium: "Die Energiepolitik der Bundesregierung"
- 1. Juni: Dr. Angelika Zahrt, Vorsitzende des BUND: "Empfehlungen des Rates an die Bundesregierung"
- 8. Juni: Dr. Barbara Hendricks, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium: "Alterseinkünftegesetz - ein Aspekt nachhaltiger Finanzpolitik"
- 15. Juni: Matthias Berninger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverbraucherministerium: "Nachhaltiger Verbraucherschutz" (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

www.dialog-nachhaltigkeit.de
www.bundesregierung.de/
Politikthemen/-/11405/
Nachhaltige-Entwicklung.htm

"Tag der Regionen": Erstes Bundestreffen

Aktion "Nachbar wir brauchen uns" gestartet

Die Teilnehmer/innen des ersten Bundestreffens der Regionalbewegung Anfang April in Bayern haben zum Abschluss die "Feuchtwanger Charta" verabschiedet. Gleichzeitig wurde die Aktion "Nachbar wir brauchen uns" ins Leben gerufen. Damit sollen der Nachbarschaftsgedanke gefördert und viele kleine und mittlere Betriebe motiviert werden, auch in schwierigen Zeiten ihren Betrieb weiter zu führen. Hier setze man auf einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung, hieß es.

Das Aktionsbündnis warb für eine starke Lobby für die Regionalbewegung. Bisher arbeiteten viele Regionalinitiativen ohne Kontakt zueinander und kaum bemerkt von der Öffentlichkeit. Verschiedene Referent/innen stellten die Regionalbewegung vor, die auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern einen immer stärkeren Zuspruch findet.

Bereits 450 Initiativen der Regionalbewegung in Deutschland

Bundesweit gibt es nach Angaben der Veranstalter rund 450 Initiativen. In Europa gibt es ein starkes Nord-Süd-Gefälle. So gebe es in den skandinavischen Ländern viele gute Projekte, auch in Osteuropa entwickle sich die Regionalbewegung massiv, wurde berichtet. Die südlichen Länder und Frankreich täten sich hingegen schwer.

Initiatoren des ersten Bundestreffens waren neben dem Aktionsbündnis Tag der Regionen auch der BUND, AgendaTransfer/Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21 sowie der Deutsche Verband für Landschaftspflege. Die Initiatoren sehen in der Veranstaltung eine konsequente Weiterentwicklung des Tages der Regionen. (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

Koordinationsbüro Nord, Zur Specke 4, 34434 Borgentreich
Tel. 05643 / 948-537, Fax -803
eMail: bund-nord@tag-der-regionen.de
Koordinationsbüro Süd, Museumstr. 1, 91555 Feuchtwangen
Tel. 09852-1381, Fax -615291
eMail: bund-sued@tag-der-regionen.de
www.tag-der-regionen.de

Bürger/innen wollen Forschung für Nachhaltigkeit

Umfrage über Vorstellungen und Wünsche zum Thema Innovation

Eine Umfrage der Berliner Zeitung im März hat ergeben: Die Mehrheit der Leser/innen will eine Balance von Wohlstand und Natur. "Gute Entscheidungen sind die, die Mensch und Ökonomie in Einklang bringen", fasste eine Leserin ihren Anspruch an Innovation zusammen. Etwa 150 Beiträge von Leser/innen aus allen Altersklassen und Bevölkerungsgruppen gingen ein. Die Vorstellungen gehen weit auseinander.

Kein uneingeschränkter Fortschrittsglaube

Nur sehr wenige, ausschließlich Männer, begrüßten Forschung und technischen Fortschritt uneingeschränkt. Ähnlich klein war die Gruppe jener, die von Innovationen so negative Folgen für ihre Lebensqualität erwarten, dass sie sie gänzlich ablehnten. Für manche stimmt die Entwicklungsrichtung nicht: Statt Weltraumforschung und Gentechnik sollte die Wissenschaft gesundes Getreide und artgerechte Tierhaltung in den Mittelpunkt stellen oder für Medikamente (ohne Nebenwirkungen, keine Tierversuche) für bislang unheilbare Krankheiten und für praktische, haltbare Produkte sorgen.

Mehr soziale statt nur technischer Innovationen

Die große Mehrheit der Zuschriften wünschte sich Erneuerung in Bereichen, die den Alltag prägen und derzeit offenkundig nicht zukunftsfähig sind. Vor allem betrifft das die Energieversorgung mit fossilen Brennstoffen, Transport und Verkehr sowie die globale Sicherung des Süßwasserbedarfs. Viele Leser/innen beklagten, dass "Innovation" zu stark auf Technische fixiert sei, wo doch vor allem Antworten auf gesellschaftliche Zukunftsfragen anstünden: Wie kommt Deutschland wieder zu mehr Kindern? Wie sichern wir ihnen bessere Bildung? Wie werden wir mit der zunehmenden Zahl alter Menschen umgehen? (mbu) ■

● Kontakt/Informationen

Quelle: Berliner Zeitung, 22.3.2004, www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2004/0323/politik/0032

Lesenswert

Nachhaltigkeit in 50 Sekunden

Nachhaltigkeit macht glücklich - aber wie verkünde ich die frohe Botschaft? Dieser Frage gehen die Autor/innen vom "Nachhaltigen Filmblick" in ihrem Buch über die "Kommunikation für die Zukunft" nach. Sie füllen damit die Lücke in den drei Dimensionen von Nachhaltigkeit (Ökologie, Ökonomie, Soziales) mit einer praxisnahen und fundierten Dokumentation über die Dimension Kultur und Kommunikation. Neben Theoretischem gibt es auch Methodisches und Praktisches. Dabei bauen die Autor/innen auf ihren Erfahrungen bei der Produktion von Spots (Kurzfilmen) über Nachhaltige Entwicklung auf und vermitteln Grundzüge von Kommunikation sowie ihrer Planung, ihren Akteur/innen und den Rezipient/innen. Dass man für die Vermittlung nachhaltiger Inhalte manchmal nur 50 Sekunden braucht, beweisen die Spots der Gruppe auf der dem Buch beigefügten CD-ROM. Das ungewöhnliche Layout zeigt, dass auch mit anderen Medien anders kommuniziert werden kann, wenn man nur will. Darüber hinaus fehlen weder wissenschaftliche Nachweise noch eMail-Zitate aus der laufenden Arbeit. Ein motivierendes und engagiertes Buch für alle, die das Thema Nachhaltigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und Medien unter die Leuten bringen wollen! (jg)

Irmela Bittencourt, Joachim Borner, Albert Heiser (Hrsg.): Nachhaltigkeit in 50 Sekunden - Kommunikation für die Zukunft, ökom Verlag, München 2003, 193 Seiten, mit CD-ROM, 29,80 Euro, ISBN 3-936581-29-0

Öko-Lexikon

Das Lexikon informiert kurz und übersichtlich über die Gesamthematik Ökologie und enthält weiterführende Literaturhinweise. Es wurde als Arbeitshilfe für Wissenschaftler und Studenten sowie Praktiker aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik konzipiert, die sich der ökologischen Probleme bewusst sind und nach tragfähigen Alternativen im Umgang mit der Natur suchen. (ab)

Udo Ernst Simonis (Hrsg.): Öko-Lexikon, C.H. Beck, 2003, 271 Seiten, 12,90 Euro

Studium der Umweltwissenschaften: Ingenieurwissenschaften

Der fünfte Teil der Reihe "Studium der Umweltwissenschaften" führt in die Grundlagen der Ingenieurwissenschaften und in die Gedankenwelt und Arbeitsweise von Ingenieuren ein. Neben einer geschichtlichen Abhandlung des Berufes setzt der Autor einen Schwerpunkt auf die umweltbezogene Forschung in den Ingenieurwissenschaften. Dabei geht es auch um Managementmethoden, vor allem um die Technikbewertung als Nachhaltigkeitsmanagement. Das Buch richtet sich an Studenten anderer Fachrichtungen, an Schüler und interessierte Laien. (mbu)

Michael Jischa: Studium der Umweltwissenschaften: Ingenieurwissenschaften, Springer-Verlag 2004, 300 S., 34,95 Euro; ISBN 3-540-41951-9

Abschlussbericht der Regionen Aktiv - Begleitforschung 2002/03

Im März hat die "Regionen-Aktiv"-Begleitforschung ihren Abschlussbericht vorgelegt. Basierend auf regionsübergreifenden Auswertungen und einer Zusammenschau der verschiedenen Wege und gesammelten Erfahrungen werden Lehren für die Entwicklung ländlicher Räume gezogen. Die Wissenschaftler untersuchten u.a. folgende Fragen: Wie sind landwirtschaftliche Produktion und Umweltschutz in Einklang zu bringen? Welche Strategien sind bei der Einkommensdiversifizierung Erfolg versprechend? Wie lassen sich Stadt-Land-Austauschbeziehungen intensivieren? Darüber hinaus geht die Untersuchung auf Erfahrungen und Perspektiven im Bereich Förderpolitik und Prozessentwicklung ein: Wie können förderpolitische Rahmenbedingungen optimiert werden? Welche Organisationsformen sind effizient? Wie können selbst tragende Veränderungsprozesse initiiert werden? Das Modellprojekt "Regionen Aktiv" ist eine Initiative des Bundesverbraucherministeriums. Bis 2005 werden Modellregionen dabei unterstützt, ihre Perspektiven durch neue Ideen und Projekte nachhaltig zu verbessern. (mbu)

Abschlussbericht der "Regionen-Aktiv"-Begleitforschung im Internet: www.nova-institut.de/modellregionen ("Nachrichten/Dokumente")

Umweltkommunikation im Lokalteil von Tageszeitungen

Umweltthemen erhalten im Lokalteil von Zeitungen nur wenig Platz. Das ist ein Ergebnis der Dissertation von Marie-Luise Braun. Während verschiedene Studien belegen, dass Umweltfragen in den Medien insgesamt eine geringe Rolle spielen, betont die Autorin, dass Lokalredaktionen unter Umweltthemen in erster Linie Fragen zum Natur-Tier- oder Landschaftsschutz verstehen. Hintergrundberichte werden offenbar erst dann relevant, wenn neue Gesetze auch die lokalen Belange berührt. Auf der anderen Seite steht der Leserwunsch, mehr Informationen über Umweltthemen zu bekommen. Die Autorin empfiehlt deshalb, Lokalredaktionen direkt anzusprechen und ihnen Material zu liefern. (mbu)

Marie-Luise Braun: "Umweltkommunikation im Lokalteil von Tageszeitungen. Eine Untersuchung zur Kritik am Umweltjournalismus", Peter Lang Verlag 2003, 35,30 Euro

Ehrenamtliches Engagement in Naturschutzgebieten

Gregor Louisoder Umweltstiftung vergab Förderpreis

Anne Schierenberg, Absolventin der TU München, hat sich in ihrer Diplomarbeit mit der ehrenamtlichen Betreuung von Naturschutzgebieten beschäftigt. Diese Arbeit wurde in München mit dem Förderpreis Wissenschaft der Gregor Louisoder Umweltstiftung mit einem Preisgeld von 5000 Euro honoriert.

In ihrer Diplomarbeit geht Schierenberg am Beispiel der Naturwacht Brandenburg, der die Betreuung der 15 Brandenburger Großschutzgebiete obliegt, der Frage nach, wie ein naturschutzbezogenes Ehrenamt ohne Vereins- und Behördenbindung etabliert und in die bestehende Naturschutzarbeit in Großschutzgebieten integriert werden kann. Darüber hinaus entwickelt sie konkrete Vorschläge, wie durch organisatorische und strukturelle Veränderungen die Kooperation mit Freiwilligen innerhalb der Naturwacht verbessert werden kann.

Die Arbeit erstellt konkrete Arbeitshilfen für den Aufbau eines Freiwilligenprogramms. Seit April 2003 läuft ein Projekt von Europarc Deutschland zur Integration von Freiwilligen in die Arbeit der Naturwacht Brandenburg, an dem Anne Schierenberg beteiligt ist. Wenn die Erfahrungen in Brandenburg positiv verlaufen, soll eine Übertragung der Projektidee auf andere Bundesländer angestrebt werden. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Gregor Louisoder Umweltstiftung, Claus Obermeier, Briener Straße 46, 80333 München
Tel. 089-54212142, Fax -52389335
eMail: info@umweltstiftung.com
www.umweltstiftung.com

Anne Schierenberg, Europarc, Marienstr. 31, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2887882-11, Fax -16
eMail: anne.schierenberg@europarc-deutschland.de
www.europarc-deutschland.de

"Naturschutz braucht bundeseinheitliche Regeln"

NABU fordert stärkere Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Naturschutz

Der Naturschutzbund (NABU) hat die aktuellen Überlegungen zur Abschaffung der Rahmengesetzgebung im Zuge einer Föderalismusreform grundsätzlich begrüßt und gleichzeitig die Überführung des gesamten Naturschutzrechts in die Bundeszuständigkeit gefordert. Damit schaltete sich der Verband in die auch im Naturschutzbereich laufende Föderalismusdebatte ein (DRB 03.04, S. 22).

Naturschutz könne auch in Zukunft nicht auf bundeseinheitliche Regelungen verzichten, so der NABU. Für Tiere und Pflanzen ginge es um den Schutz von Lebensräumen, der nicht an jeder Landesgrenze grundsätzlich auf die Probe gestellt werden dürfe. Es wäre daher fatal, wenn das Naturschutzrecht ausschließlich den Ländern anvertraut würde. Damit würden erprobte und gebündelte Fachkompetenzen auf Bundesebene leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Dies würde nach Ansicht des NABU außerdem zu einer intransparenten und unübersichtlichen Gesetzeslage führen. Anstelle eines einzigen Bundesgesetzes bekäme man im schlimmsten Fall 16 verschiedene Gesetzestexte ohne erkennbare Einheitlichkeit. Außerdem befürchtet der Verband, dass die Schwierigkeiten bei der Umsetzung von EU-Richtlinien noch größer werden. ▶

Die aktuell gültige Rahmengesetzgebung sei offenbar nicht ausreichend, um die Länder zu einem EU-rechtskonformen, fristgerechten Handeln im Naturschutz zu bewegen, so der NABU mit Blick auf die sehr schleppende Umsetzung von EU-Naturschutz-Richtlinien in Deutschland. Eine ausschließlich dem Bund zugeschriebene Kompetenz im Naturschutzrecht biete den überzeugenden Vorteil einer einstufigen und somit erheblich beschleunigten Umsetzung von EU-Recht. Wichtig sei allerdings auch, die Sachkompetenzen auf Länderebene weiter zu nutzen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Naturschutzbund (NABU), Susanne Creutzig, NABU-Referentin für Naturschutzrecht, Herbert-Rabius-Str. 26, 53225 Bonn
Tel. 0228 / 4036-0, Fax -200
eMail: nabu@nabu.de
www.nabu.de

Deutscher Naturschutzring (DNR), Verbändekoordination Föderalismus, Am Michaelshof 8-10, 53117 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Verbände dringen auf neues Jagdgesetz

Tier- und Naturschützer begrüßen Künast-Vorschläge

Die deutschen Natur- und Tierschutzverbände haben die Pläne der Bundesregierung zur Novellierung des Bundesjagdgesetzes begrüßt. Der Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), Hubert Weinzierl, lobte die von Bundesverbraucherministerin Renate Künast (Grüne) formulierten Änderungen als "richtungsweisenden Fortschritt". Es sei nun an der Zeit, die Vorhaben schnellstmöglich in Gesetzesform zu gießen.

Erfreut über das Künast-Papier zeigte sich auch das Bündnis Tierschutz, das die großen seriösen Tierschutzverbände vereint. Dessen Sprecher Wolfgang Apel forderte die Bundesregierung auf, den Koalitionsvertrag einzulösen und "grausame Jagdmethoden wie die Fallenjagd und überlange Jagdzeiten" zu verbieten. Diese Praktiken widersprächen dem seit zwei Jahren im Grundgesetz festgeschriebenen Gebot des Tierschutzes, sagte Apel. Er forderte zudem, die Zahl zum Abschuss freigegebener Arten von 103 auf 12 zu begrenzen.

Verbotsliste: Fallenjagd, Bleischrot auf Wasservögel, Haustierabschuss

Das vom Verbraucherministerium vorgelegte Arbeitspapier sieht vor, Jäger beim Artenschutz stärker in die Pflicht zu nehmen. Dazu sollen die Fallenjagd und die Verwendung von Bleischrot bei der Jagd auf Wasservögel verboten werden. Das Abschießen von Hunden und Katzen während der Jagd soll ebenso unter Strafe gestellt werden wie die Ausbildung von Jagdhunden an lebenden Tieren.

Jäger- und Bauernverbände lehnen die Neuerungsvorhaben ab. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Deutscher Naturschutzring (DNR), Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: info@dnr.de
www.dnr.de

Deutscher Tierschutzbund e.V., Baumschulallee 15, 53115 Bonn
Tel. 0228 / 60496-0, Fax -41
eMail: bg@tierschutzbund.de
www.tierschutzbund.de

Umsätze beim Pelzverkauf steigen wieder

Tierschützer: Leid der Pelztiere tritt in den Hintergrund

Die internationale Pelzmesse "Fun & Fashion Frankfurt", die größte Pelzmesse weltweit, hat im April zahlreiche Fachbesucher nach Frankfurt am Main gezogen. Weltweit stieg der Einzelhandelsumsatz (Dior, Gucci, Chanel u.a.) beim Pelzverkauf im vergangenen Jahr nach Jahren des Rückgangs und der Stagation wieder um vier Prozent auf 11,3 Milliarden Dollar - sehr zur Sorge von Tierschützern. Diese nutzten die Pelzmesse, um auf den vernachlässigten Tierschutz und die damit verbundenen Rechte aufmerksam zu machen. 200 Tierschützer/innen aus Deutschland und anderen EU-Ländern nahmen an einer Kundgebung teil.

Heiko Weber, Organisator der Veranstaltung, betonte, die heutigen Pelztierfarmen seien reine Massentierhaltungsanlagen. Die Farmen hielten bis zu 35.000 Tiere, ohne den in Deutschland geltenden Gesetzen ausreichend zu entsprechen. 85 Prozent der Tierfelle stammen laut Weber von Farmen. Hauptzuchtart ist der amerikanische Nerz. In der Zucht werden diese Tiere in 90 mal 30 Zentimeter großen Drahtkäfigen gehalten.

Eine Nerzfarm in Aachen fiel den Tierschützern aufgrund verschiedener Missstände besonders auf. Die Käfige erfüllten nicht die neuen Landesauflagen, so die Kritik, sie seien zu klein und zahlreiche Gebäude der Farm seien ohne Baugenehmigung errichtet worden. Hier könnten die mehr als 30.000 Nerze nicht artgerecht gehalten werden.

Die Tierschützer berufen sich auf das Tierschutzgesetz, nach dem Tiere nicht "grundlos" getötet werden dürfen, und fordern die weltweite Abschaffung der so genannten Echtpelzproduktion. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Tierrechtsinitiative Rhein-Main (TIRM), Heiko Weber, PF 170217, 60076 Frankfurt am Main
eMail: info@tirm.de
www.tirm.de

Lesenswert

EU-Wasserrahmenrichtlinie: Grundlagen und Praxisbeiträge

Die Beiträge zur Wasserrahmenrichtlinien-Seminarreihe der Grünen Liga liegen nun thematisch geordnet in Buchform vor. Neben einer Einführung auch zu den Bewertungsmethoden stehen im 1. Band der Naturschutz und der Hochwasserschutz im Vordergrund. Ein eigenes Kapitel umfaßt die Revitalisierung des Restrheins. Der 2. Band beinhaltet Beiträge zum Grundwasserschutz und zur Öffentlichkeitsbeteiligung in den verschiedenen Flussgebieten. (ab)

EG-Wasserrahmenrichtlinie - Grundlagen und Praxisbeiträge, Band 1 (z.Z. vergriffen) und 2, Berlin 2004, 80 Seiten, 2,50 Euro (Rechnung) oder 0,77 Euro Porto/Vorkasse; Hrsg./Bezug: Grüne Liga, Bundeskontaktstelle Wasser, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin, Tel. 030 / 443391-44, wasser@grueneliga.de, www.grueneliga.de

■

Mehr Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer

WHO: Alle 30 Sekunden stirbt ein Mensch im Straßenverkehr

Bis zum Jahr 2020 werde die Zahl der Verkehrstoten weltweit um 60 Prozent steigen, wenn die jetzige Entwicklung nicht gestoppt werde. Schon heute stirbt alle 30 Sekunden ein Mensch im Straßenverkehr. Diese Zahlen hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zum Weltgesundheitstag Anfang April veröffentlicht. Der Aktionstag stand dieses Jahr unter dem Motto "Straßenverkehrssicherheit ist kein Zufall". Die WHO rief dazu auf, das Thema weltweit ernster zu nehmen und aktiv die Verkehrssicherheit zu verbessern. Auch das Umweltbundesamt (UBA) und der Verkehrsclub Deutschland (VCD) meldeten sich zu Wort.

Die WHO wies darauf hin, dass auch beim Thema Straßenverkehr die Schere zwischen den reichen und den armen Ländern weiter auseinander gehe: Obwohl die Verkehrsdichte in den Industrieländern wesentlich höher liege als in Entwicklungs- und Schwellenländern, sei die Zahl der Verkehrstoten rückläufig. Gründe dafür sieht die WHO darin, dass in den armen Ländern die Bevölkerung stärker zunimmt und ihre Motorisierung in den vergangenen Jahren erheblich gestiegen ist. Diese schnellen Veränderungen gehen nicht einher mit höheren Sicherheitsmaßstäben.

UBA: Mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer nötig

Auch der Präsident des UBA, Andreas Troge, forderte anlässlich des Weltgesundheitstages, dass zu Fuß gehen und Radfahren sicherer und attraktiver werden müsse. Viele Menschen fühlten sich als Fußgänger und Radfahrer besonders gefährdet und stiegen daher lieber ins Auto, so das UBA. Eine Verbesserung der Sicherheit nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer lasse sich durch ein Bündel von Maßnahmen erreichen. Mehr Raum für Fußgänger und Radfahrer, eine sichere Verkehrsführung und angepasste Geschwindigkeiten seien dafür wichtige Voraussetzungen. ▶

Gesundheitsschäden durch Unfälle, Rußpartikel und Verkehrslärm

Der VCD wies zusätzlich auf die massiven Gesundheitsschäden hin, die der Straßenverkehr verursache. Am deutlichsten zeige sich dies in den jährlichen Statistiken über Verkehrsunfallsoffer. So werden im Durchschnitt auf deutschen Straßen jeden Tag 18 Menschen getötet und rund 1.300 verletzt. Aber auch Rußpartikel aus Dieselfahrzeugen und Verkehrslärm verursachten zahlreiche Krankheiten, betroffen seien davon vor allem die Atemwege und das Herz-Kreislauf-System.

Die Regierung müsse deshalb in der Verkehrspolitik umsteuern, forderte der VCD. Nur mit einem neuen Ansatz sei das Ziel von Null Verkehrstoten zu schaffen. Der VCD hat in seinem "Masterplan Vision Zero" den Weg dorthin skizziert. Die Kernidee: Nicht der Mensch muss dem real existierenden Verkehr angepasst werden, sondern der Verkehr dem Menschen. Denn der Mensch mache Fehler und das System Verkehr müsse so verändert werden, dass es Fehler verzeiht. In dem VCD-Masterplan werden vier maßgebliche Handlungsfelder identifiziert: Recht und Gesetz, Fahrzeuge, Straßen, Verkehrsteilnehmer. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Weltgesundheitsorganisation (WHO),
Avenue Appia 20, CH-1211 Genf 27
Tel. 04122 / 791 / 2111, Fax -3111
eMail: info@who.int
www.who.int

Umweltbundesamt (UBA), Postfach
330022, 14191 Berlin
Tel. 030 / 8903-0, Fax -2285
www.umweltbundesamt.de

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstraße 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
Masterplan "Vision Zero - Null Verkehrstote" (Download):
www.vcd.org

Bundesweiter Aktionstag "Mobil ohne Auto" am 20.6.

Der Anfang der 80er Jahre ins Leben gerufene Aktionstag "Mobil ohne Auto" (MoA) findet 2004 am Sonntag, 20. Juni, statt. Bundesweit soll dabei mit unterschiedlichen Aktionen für eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik demonstriert werden. Im vergangenen Jahr nahmen rund eine halbe Million Menschen an den vielfältigen Veranstaltungen teil.

Autofreier HochSchultag am 22.6.

Am Dienstag, 22. Juni, sollen sich die Universitäten, Hochschulen sowie Schulen mit dem Autofreien HochSchultag dem MoA-Tag anschließen.

"Nahstadtfern" - Thema umweltgerechter Freizeitverkehr

Da der Freizeitverkehr und die zunehmende Sehnsucht nach unzerstörter Ferne immer mehr Autoverkehr hervorruft, steht der diesjährige Aktionstag unter dem Motto "nahstadtfern". Der Trägerkreis will damit die Freizeitmöglichkeiten in der Nähe und in der eigenen Stadt wieder ins Bewusstsein bringen und umweltfreundliche Mobilität zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Bus und Bahn schmackhaft machen.

Zum Trägerkreis von "Mobil ohne Auto" gehören jetzt auch das Bündnis "Bürgerbahn statt Börsenbahn" (BsB), Naturfreunde und Naturfreundejugend. Weiterhin dabei sind die evangelischen Umweltbeauftragten sowie die Verbände autofrei leben, BSÖ, BUND, FUSS e.V., Grüne Liga, Robin Wood, Umkehr und VCD. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

MoA, c/o UMKEHR e.V., Exerzierstr.
20, 13357 Berlin,
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
eMail: aktionen@mobilohneauto.de
www.mobilohneauto.de

Pünktlichkeit verbessert, Beratung mangelhaft

Bahntest von VCD und "Stern"

Zum vierten Mal haben der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und das Magazin stern die Bahn aus Kundensicht testen lassen. Im Mittelpunkt der Untersuchung Anfang April stand die Beratungsqualität am Schalter. Das Ergebnis ist dabei ähnlich schlecht wie im Vorjahr: Fast ein Drittel der Kunden bekommen auf Anfrage nicht die optimale Verbindung. Die empfohlene Reise ist entweder zu teuer, dauert zu lang oder hat zu viele Umstiege. Deutlich besser steht es dagegen um die Pünktlichkeit: Über 90 Prozent der Züge sind pünktlich, etwa genauso häufig erreichen die Reisenden auch ihre Anschlusszüge.

VCD fordert Serviceoffensive

Der VCD forderte angesichts dieser Ergebnisse, dass jetzt auf die von Bahnchef Hartmut Mehdorn eingeleitete Pünktlichkeitsoffensive eine Serviceoffensive der Deutschen Bahn AG folgen müsste. Das komplexe Preissystem erfordere eine intelligente Technik, gut ausgebildetes Personal und ausreichend Zeit für die Beratung am Schalter. Reisende müssten sich darauf verlassen können, das beste Angebot zu bekommen und im Falle von Beschwerden zuvorkommend behandelt und angemessen entschädigt zu werden. Das seien wesentliche Leitlinien für eine leistungsfähige und kundenfreundliche Bahn. Dazu wolle der VCD mit dem Bahntest beitragen. Nur eine gute Bahn locke mehr Menschen auf die Schiene und verbessere so die Umweltbilanz im Verkehr, erklärte Heidi Tischmann, Verkehrsreferentin des VCD, das politische Ziel der Studie. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: mail@vcd.org
www.vcd.org

Schienenverkehr von Öko-Umlage befreit

Änderung in der EEG-Novelle

Die Koalitionsfraktionen haben in der Anfang April verabschiedeten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auch eine Änderung zugunsten der Bahn vorgenommen: Die so genannte Härtefallregelung wird auf den Schienenverkehr ausdehnt. Die Ausnahmeregelung für besonders energieintensive Unternehmen gilt damit auch für die Bahnen.

Die Allianz pro Schiene begrüßte die Korrektur. Das Bündnis aus Umweltverbänden, Bahnunternehmen und Gewerkschaften hatte mehrfach darauf hingewiesen, dass die ursprünglich vorgesehene Fassung der EEG-Novelle den umweltfreundlichen Schienenverkehr belastete. Die Allianz bedauerte, dass die Entlastung für die Bahnen erst ab einer Mindestverbrauchsgrenze greifen soll. Damit blieben kleine Privatbahnen weiter im Nachteil. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Allianz pro Schiene e.V., Chausseestr. 84, 10115 Berlin
Tel. 030 / 275945-59, Fax -60
eMail: info@allianz-pro-schiene.de
www.allianz-pro-schiene.de

Rußfreie Diesel-Pkw sollen steuerlich gefördert werden

Dieselruß zur Zeit gravierendstes Problem der Luftverschmutzung

Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) hat ein Konzept zur steuerlichen Förderung rußfreier Diesel-Pkw vorgestellt, berichtete der Verkehrsclub VCD. Es enthalte eine steuerliche Entlastung von Fahrzeughaltern, die beim Neukauf eines Diesel-Pkw auf einen Rußfilter bestünden oder in Betrieb befindliche Fahrzeuge entsprechend nachrüsten ließen. Der VCD begrüßte das Konzept.

Laut WHO und Umweltbundesamt ist Dieselruß zur Zeit das gravierendste Problem der Luftverschmutzung. Die feinen Rußpartikel aus Dieselabgasen sind so klein, dass sie durch die Lunge ins Blut dringen und so Krebs, Asthma, Allergien, Herz- und Kreislauferkrankungen verursachen können. Besonders Kinder sind den Abgasen ausgesetzt, da deren höchste Konzentration in einer Höhe unter 1,5 m auftritt.

Angesichts eines Diesel-Anteils bei den Neuzulassungen von inzwischen 44 Prozent sei dringender Handlungsbedarf geboten, so der VCD. Der vom Umweltministerium vorgeschlagene Partikel-Grenzwert für die Inanspruchnahme der vollen Förderung sei mit 2,5 Milligramm pro Kilometer richtig angesetzt, um den bestmöglichen Gesundheitsschutz zu erzielen.

Mit dem Rußfilter gebe es längst eine geeignete Technik gegen die gefährlichen Partikel, betonte Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des VCD. Eine steuerliche Förderung beschleunige die flächendeckende Einführung einer solchen Technik ungemein, wie die Erfahrung mit dem Katalysator in den 1980-er Jahren gezeigt habe. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Verkehrsclub Deutschland (VCD), Eifelstr. 2, 53119 Bonn
Tel. 0228 / 98585-0, Fax -10
eMail: vcd-bundesverband@vcd.org
www.vcd.org

Der Autoverkehr wächst nicht mehr

Individualverkehr geht konstant zurück, Neubau von Straßen unnötig

In den letzten vier Jahren ist der motorisierte Individualverkehr (MIV) in Deutschland konstant zurückgegangen. Das haben Untersuchungen maßgeblicher wissenschaftlicher Institute ergeben. Damit ist dem weiteren Neubau von Straßen die Grundlage entzogen.

Die Verkehrsleistung mit Pkw, Kombis sowie motorisierten Zweirädern im Personenverkehr sank von 762 Milliarden Personenkilometern (Pkm) 1999 auf 708 Milliarden Pkm 2003. Damit nahm der motorisierte Personenverkehr um insgesamt 7,5 Prozent ab. Solch nachhaltige Rückgänge hat es seit dem Beginn der Motorisierung nicht gegeben. Nur zu Zeiten der so genannten Energiekrise in den 70-er Jahren gab es Einbrüche. Danach ging einzig im Jahr 1994 die Fahrleistung um 1,3 Prozent zurück - in dem Jahr wurde die Mineralölsteuer um 25 Pfennig deutlich heraufgesetzt.

Kraftstoffverbrauch um zehn Prozent gesunken

Der Benzin-Absatz sank seit der Spitze 1993 von 31,5 Millionen Tonnen kontinuierlich bis auf rund 26 Millionen Tonnen im Jahr 2003. Dieser starke Rückgang liegt hauptsächlich an der Zunahme der Dieselfahrzeuge. Im Personenverkehr gab es in den vier Jahren seit 1999 einen Rückgang des Kraftstoffverbrauchs (Benzin und Diesel) um über zehn Prozent. Leicht sparsamere Motoren und eventuell sparsame Fahrweise erklären die deutlichere Abnahme im Vergleich zum Rückgang der Verkehrsleistung.

Als wichtigster Grund des Fahrleistungsrückgangs muss wohl die Konjunktur genannt werden. Doch zwingend ist diese Erklärung heutzutage auch nicht mehr, denn es scheint sich eine Abkoppelung der Wirtschaftsentwicklung von der des Verkehrs zu vollziehen. Neben höheren Benzinpreisen muss als dritter ernst zu nehmender Grund der demographische Faktor gesehen werden. Mit Zunahme des Anteils der alten Menschen in Deutschland fallen schlichtweg autofahrende Personen weg. Obwohl sich die Altersgrenze, bei der noch gefahren wird, nach oben verschoben hat, kompensiert dieses nicht den "Wegfall" vieler Autofahrer. ▶

Der Straßengüterverkehr stagnierte von 2001 auf 2002 zum ersten Mal seit 30 Jahren bei 353 Milliarden Tonnen-Kilometern. Schaut man sich die Abnahme des Dieserverkaufes (Pkw und Lkw) von rund drei Prozent im Jahr 2003 an, so hat es erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik einen Rückgang beim Straßengüterverkehr gegeben. Fasst man den rückläufigen Personen- und den leicht ansteigenden Güterverkehr für die Jahre 1999 bis 2003 zusammen, so gab es eine Abnahme des Autoverkehrs in den vier Jahren um vier bis fünf Prozent.

Bundesverkehrswegeplan nimmt Zunahme des Autoverkehrs an

Schaut man sich Prognosen der weiteren Verkehrsentwicklung an, so scheint die Sichtweise zu sein "Was nicht sein darf, kann nicht sein". Die prominenteste Langfristprognose liegt dem Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2003 zugrunde. Sie fußt auf dem Integrationsszenario und dient als Rechtfertigung für den weiteren Straßenbau.

Dort ist eine Zunahme des motorisierten Individualverkehrs von 750 Milliarden Pkm (1997) auf 873 Milliarden Pkm im Jahre 2015 ermittelt worden. Das entspricht einer Steigerung von 16 Prozent. Da bis heute der Verkehr auf 708 Milliarden Pkm zurückging, müsste der Personenverkehr in den zwölf Jahren durchschnittlich jeweils um über zwei Prozent steigen, um auf den Zielwert zu kommen. Selbst in der Auto-Euphorie nach der Wiedervereinigung wurde nur knapp ein Prozent jährlich bundesweit mehr gefahren. ▶

Beim Güterfernverkehr auf der Straße sieht der BVWP einen Zuwachs um 58 Prozent bis 2015, was einem jährlichen Zuwachs um über drei Prozent entspricht. Auch hier ist mit etwa zwei Prozent jährlichem Zuwachs das "Soll" nicht eingehalten worden. Zumindest für den Personenverkehr kann festgestellt werden, dass die Prognose des BVWP mit großer Sicherheit nicht aufgehen wird. Damit steht eine Revision dieses Straßenbauplanes - auch gerade angesichts der Verteilungsprobleme bei den Staatsfinanzen - auf der Agenda. Die Entwicklung zeigt, dass Autoverkehr auch abnehmen kann. Der BVWP muss der realen Entwicklung angepasst werden. ■

Gastautor: Karl-Heinz Ludwig, Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V.

• Kontakt/Informationen

Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V., Karl-Heinz Ludwig, Exerzierstr. 20, 13357 Berlin
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
eMail: info@umkehr.de
www.umkehr.de

Quellen:

DIW, BMVBW: Verkehr in Zahlen 2003/2004
DIW-Wochenbericht 51-52/2002: Fahrleistungen und Kraftstoffverbrauch im Straßenverkehr
Mineralölwirtschaftsverband: Mineralölabsatz in Deutschland, www.mwv.de
Prognos: Gleitende Mittelfristprognose 2003/2004

Steuervorteile für Geländewagen abschaffen

Grüne: Keine falsche Rücksichtnahme auf Autobauer

Im April ist der Ruf nach der Abschaffung der Steuerbegünstigung von schweren Geländefahrzeugen lauter geworden. Nach Umwelt- und Verbraucherschützern forderten auch die Grünen die Beendigung der Steuervorteile. Bundesumweltminister Jürgen Trittin begrüßte den Ende April verabschiedeten Beschluss der Länderfinanzminister gegen das Steuerprivileg. Stolpe kündigte an, die Möglichkeit der Abschaffung der Steuerbegünstigung zu überprüfen. Schließlich komme die ermäßigte Kfz-Steuer nicht nur den umstrittenen Luxus-Geländewagen in der Stadt, sondern auch Winzern oder Handwerkern zu Gute.

Noch vor der Sommerpause sollte für eine Beendigung der Steuerprivilegierung von teuren Luxus-Geländewagen gesorgt werden, forderte der umweltpolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Winfried Hermann. Dazu sei eine Änderung der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) notwendig, die zwischen den beteiligten Ministerien für Verkehr, Umwelt und Finanzen bereits abgestimmt sei. Der Verordnungsentwurf liege fertig auf Stolpes Schreibtisch.

Der Verordnung muss die Länderkammer zustimmen. Die Länderfinanzminister verabschiedeten Ende April einen Beschluss gegen das Steuerprivileg. Hermann hatte zuvor vor allem die unionsregierten Länder Baden-Württemberg, Bayern und Niedersachsen aufgerufen, das Vorhaben nicht aus falscher Rücksichtnahme auf die Autobauer im eigenen Land zu blockieren. Die Einnahmen aus der Kfz-Steuer fließen den Ländern zu; den einheitlichen Rechtsrahmen legt aber der Bund fest. Nach geltender Regelung können Autos mit mehr als 2,8 Tonnen Gesamtgewicht als leichte Nutzfahrzeuge zugelassen werden. Ein Fahrzeug wie der Porsche Cayenne oder die Mercedes M-Klasse ist damit einem Lieferwagen gleich gestellt. ▶

Umwelt- und Verbraucherschützer kritisieren, dass viele Geländewagen aufgrund ihres hohen Schadstoffausstoßes gar nicht als Pkw zugelassen würden. Dennoch sparten die Besitzer bis zu 80 Prozent der Kfz-Steuern, da diese für gewerblich genutzte Lieferfahrzeuge bewusst niedriger ist als für gleich große Personewagen.

Kfz-Steuerbefreiung von jährlich 200 Millionen Euro

Ein Sprecher der Deutschen Umwelthilfe (DUH) betonte, dass es nicht sein könne, dass der Fahrer eines 70.000 Euro teuren VW-Touaregs oder Mercedes-M-Klasse mit einer um bis zu 80 Prozent reduzierten Kfz-Steuer für den hohen Spritverbrauch und die extrem schlechten Abgaswerte belohnt werde. Der Spareffekt sei beträchtlich: So kostet zum Beispiel ein als "kleines Nutzfahrzeug" zugelassener Diesel-Touareg nur gut 185 Euro Steuern pro Jahr. Als PKW zugelassen müsste der Besitzer dagegen jährlich 741,50 Euro an den Fiskus abführen. Insgesamt mache die Kfz-Steuerbefreiung jährlich 200 Millionen Euro aus, errechnete die DUH. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Jürgen Resch, Fritz-Reichle-Ring 4, 78315 Radolfzell
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
eMail: resch@duh.de
www.duh.de

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, 11011 Berlin
Tel. 030 / 227-56789. Fax -56552
eMail: epost@gruene-fraktion.de
www.gruene-fraktion.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW), Invalidenstraße 44, 10115 Berlin
Tel. 030 / 2008-3060
eMail: buergerinfo@bmvbw.bund.de
www.bmvbw.de

Flughafenausbau verstößt gegen Störfall-Richtlinie

EU-Kommission leitet Verfahren gegen Deutschland ein

Der Ausbau des Frankfurter Flughafens in unmittelbarer Nachbarschaft zum Chemiewerk Ticona verstößt gegen die Seveso-II-Richtlinie. Davon geht die EU-Kommission in Übereinstimmung mit der deutschen Störfallkommission aus und hat im März mit einem ersten Mahnschreiben ein Verfahren gegen Deutschland eingeleitet.

Die geplante Nordwest-Landebahn liegt nur einen Kilometer von der Chemieanlage entfernt. Im Rahmen der EU-weit vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung hatten die Behörden dies nicht berücksichtigt. Zudem ist problematisch, dass Flugzeuge künftig über die anderen Frankfurter Terminals fliegen müssten. Flughafen und Ticona-Werk fallen unter die Seveso-II-Richtlinie zur Vermeidung schwerer Industrieunfälle.

Mängel in der Umsetzung von EU-Recht auch in anderen Bundesländern

Auch in anderen Bundesländern bemängelt EU-Umweltkommissarin Margot Wallström die Umsetzung von EU-Recht. Dabei geht es um den Bau einer Straße durch ein Naturschutzgebiet in Brandenburg, die Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH-)Richtlinie in Brandenburg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Sachsen-Anhalt sowie um die Umweltverträglichkeit einer Windkraftanlage in Niedersachsen. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Europäische Kommission, Rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles
Tel. 0032 2 / 299-1111
http://europa.eu.int/comm/secretariat_general/sgb/droit_com/infractons

Studie über Urlaubswünsche und Lebensstile

Nachhaltiger Tourismus muss Lebensentwürfe berücksichtigen

Auf der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin hat das Verbundprojekt "Innovative Vermarktungskonzepte nachhaltiger Tourismusangebote" (INVENT) Mitte März erste Ergebnisse seiner Untersuchungen zu Urlaubswünschen und Lebensstilen auf dem Reisemarkt vorgelegt. Hintergrund der Studie: Wenn der gesamte Tourismusmarkt umweltfreundlicher werden soll, so muss auf die unterschiedlichen Lebensstile der Menschen mit spezifischen Konzepten reagiert werden.

Sieben Zielgruppen - sieben Marketingstrategien

Als Projektpartner führte das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) Befragungen durch und ermittelte so verschiedene Typen von Urlaubern. Die größte Gruppe bilden demnach die klassischen, Sonne und Strand suchenden Urlauber. Sie buchen ihre Reise meist pauschal und machen zusammen mit jungen, so genannten Fun- und Action-Urlaubern fast ein Drittel aller Reisenden aus. Umweltaspekte spielen für diese Gruppen nur eine untergeordnete Rolle.

Ganz anders die Kulturinteressierten und die aktiven Natur-Urlauber. Vor allem letztere suchen eine intakte Natur, die für sportliche Aktivitäten genutzt werden kann. Schließlich gibt es Gewohnheitsurlauber, die jedes Jahr an den selben Ort fahren, und Familien, die mit Kindern verreisen. Beide Gruppen bleiben oft im eigenen Land und nutzen häufig die Bahn zur Anreise. Die siebte Gruppe bilden die individuellen Entdecker. Sie buchen überdurchschnittlich oft Flugreisen.

In den folgenden Projektphasen sollen nun nachhaltige Marketingstrategien für die einzelnen Zielgruppen entwickelt werden. Dabei werden die in Frage kommenden Verkehrsmittel ebenso berücksichtigt, wie die Unterbringung am Urlaubsort und die Freizeitgestaltung. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

INVENT, Gesamtprojektleitung, Martin Schmied, Öko-Institut e.V., Novalisstraße 10, 10115 Berlin
Tel. 030 / 280 486-82, Fax -88
eMail: m.schmied@oeko.de
www.invent-tourismus.de

Qualitätszeichen für Wanderwege

Wandervereine befürchten dramatische Konsequenzen der Forstreformen

"Qualitätsweg Wanderbares Deutschland" - mit diesem Label wird der Deutsche Wanderverband ab Sommer 2004 touristisch vermarktbar Wanderwege auszeichnen. Das teilte der Verband Mitte März mit.

22 Kriterien für "Qualitätsweg Wanderbares Deutschland"

Grundlage für die Qualitätsauszeichnung sind 22 Kriterien aus den Bereichen Wegeformat, Landschaft/Natur, Kultur/Zivilisation und Wanderleitsystem. Voraussetzung für die Zertifizierung ist im ersten Schritt eine qualitätsorientierte Bestandsanalyse vermarktbarer Wanderwege, bei der die Stärken und Schwächen der Routen aus Sicht der Wandererwünsche aufgezeigt werden. In einem zweiten Schritt erfolgt das von der Bestandserhebung getrennte Zertifizierungsverfahren. Hierbei werden die Bestandsdaten ausgewertet und in Stichproben vor Ort durch den Deutschen Wanderverband unabhängig überprüft. Bei positivem Ergebnis vergibt der Deutsche Wanderverband das Qualitätslabel auf Zeit.

Steigende Nachfrage nach Wanderinfos im Internet

Das Label richtet sich an einzelne touristisch interessante Wanderrouten, die sich aus der Fülle von Wanderangeboten in Deutschland abheben wollen. Dass Wandern als nachhaltige Tourismusform deutlich im Trend liegt, leitet der Wanderverband aus der gestiegenen Nachfrage nach Informationen ab: Die von dem Verband betreute Wander-Website www.wanderbares-deutschland.de verzeichnete wachsende Nutzerzahlen. In der Wandersaison 2003 hat sich die Zahl der monatlichen Wegeaufrufe im Vergleich zu 2002 verdoppelt. ▶

Wird die Gemeinwohlorientierung der Forstämter Opfer der Forstreformen?

Eine Sache bereitet den deutschen Wandervereinen Sorge: Sie befürchten "Schlimme Konsequenzen" für Wandertourismus und Wanderwege, wenn die geplanten Forstreformen umgesetzt werden. Nach den Plänen der meisten deutschen Landesregierungen soll zukünftig das Forstpersonal auf der Fläche weiter reduziert und die Waldbewirtschaftung vermehrt unter rein erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten durchgeführt werden. Forstleute erwarten, dass mit den geplanten Forstreformen gemeinwohlorientierte Arbeiten der Forstämter, wie die Pflege von Freizeiteinrichtungen oder die Umweltbildung, weggelassen werden. Für die Naherholung und den Tourismus wurden durch die bisherige Kooperation von Wandervereinen und Forstämtern Millionenwerte geschaffen, die ohne die weitere Unterstützung der Forstämter nicht gepflegt und aufrecht erhalten werden könnten. Mit noch weniger Forstpersonal vor Ort und auf der Fläche als ständiger kompetenter Ansprechpartner würden die Wandervereine große Probleme bei ihrer gemeinnützigen Arbeit für die erholungssuchenden Menschen und den sanften Tourismus bekommen.

Mischwälder bedroht: "Diktat der Ökonomie führt zu Monokulturen"

Auch das Prinzip der nachhaltigen, naturnahen Waldbewirtschaftung sehen die Wandervereine durch die Forstreformen gefährdet. Mit den geplanten rein wirtschaftlich orientierten, großen Forstämtern führe der Weg hin zu Monokulturen, die leicht zu bewirtschaften sind, und weg vom naturnah aufgebauten Mischwald. Daher appelliert der Deutsche Wanderverband mit seinen 56 Mitgliedsvereinen und mehr als 600.000 Mitgliedern an die Politik, den Wald zukünftig nicht nur als reine Geldquelle zu betrachten und bewährte Strukturen nicht im Kahlschlag zu zerstören. (vl) ■

• Kontakt/Informationen

Verband Deutscher Gebirgs- und Wandervereine, Wilhelmshöher Allee 157-159, 34121 Kassel
Tel. 0561 / 93873-13, Fax -10
eMail: info@wanderverband.de
www.wanderverband.de
www.wanderbares-deutschland.de

Lesenswert

Gehen bewegt die Stadt

Der Fachverband Fußverkehr Deutschland FUSS e.V. hat mit Unterstützung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamtes eine Broschüre zur Bedeutung des Gehens für die urbane Entwicklung herausgegeben. Gehende Menschen erhöhen demnach die Sicherheit und machen die Quartiere wohnlicher. Zugleich stützt der Fußverkehr die Herausbildung von städtischen Angeboten und stabilisiert den Einzelhandel sowie das lokale Gewerbe. Eine Kommune, die das Gehen sicherer und attraktiver macht, kann dadurch ihren Haushalt dauerhaft entlasten. Darüber hinaus ist das Gehen die umwelt-schonendste, energie-, raumsparendste und auch gesündeste Form der Fortbewegung. Noch immer bildet es das Rückgrat stadtverträglicher Erschließung. Im Verbund mit Fahrrad und öffentlichen Verkehrsmitteln bietet der Fußverkehr die Grundlage für die notwendige Mobilität der Zukunft. Die Broschüre richtet sich an kommunale Planer, Politiker und Bürger und gibt allen, die sich für die Stärkung des Fußverkehrs engagieren möchten, Anregungen und Hilfestellungen zum Handeln. (vl)

"Gehen bewegt die Stadt - Nutzen des Fußverkehrs für die urbane Entwicklung", 2004, 36 S., 2,50 Euro + 2,- Euro Versand; Hrsg./Bezug: FUSS e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Tel. 030 / 4927-473, Fax -972, eMail: info@fuss-ev.de



Neue Chance für den InterRegio?

In einer neuen Broschüre gibt eine Gruppe von Wissenschaftlern Antworten auf die Frage: Warum ließ der DB-Vorstand den InterRegio sterben? Und warum muss er unbedingt wiederbelebt werden? Hintergrund ist, dass im vergangenen Jahr die DB AG die InterRegio-Verbindungen eingestellt hat. Das muss aber noch nicht das Ende des IR sein, meinen die Experten aus Forschung, Wirtschaft und Politik: Der Erfolg des InterRegio sei wiederholbar. Seine Funktion als Bindeglied zwischen Fern- und Nahverkehr, seine zweckdienliche Ausstattung und die Idee, Regionen und Städte zu verbinden, werde von umgespritzten IC-Zügen und Regionalbahnen mit geringem Komfort nicht annähernd erreicht. Das hätten die Fahrgäste der Bahn begriffen, die Verantwortlichen aber noch nicht. Dass die Kunden im Fernverkehr der Bahn seit Jahren davon laufen, liege auch am systematischen Abbau des InterRegio-Netzes: Noch vor fünf Jahren seien zwei von fünf Fahrgästen im Fernverkehr mit dem InterRegio gefahren - mehr als doppelt soviel wie mit dem vom Bahnvorstand favorisierten ICE. Die Autoren präsentieren einen Vorschlag für die kurzfristige Renaissance des InterRegio. Vorgelegt wird auch ein Maßnahmenbündel, wie der neue IR langfristig finanziert werden kann. Zusätzlich wird auf die "ideale Ergänzung" hingewiesen: den Güter-InterRegio. (vl)

"InterRegio - sein Erfolg ist wiederholbar", Heft Nr. 12 der Schriftenreihe Verkehr Kompakt, 28 S. 2,- Euro zzgl. Versandkosten, Hrsg./Bezug: UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, 13357 Berlin, Bestell-Fax 030 / 4927972, Bestell-Mail: info@umkehr.de



Potenziale und Grenzen der nachhaltigen Mobilität

Hintergründe und Ursachen für die Entstehung und Ausdifferenzierung von Verkehr sind seit den 1990-er Jahren zu einem eigenen Forschungsfeld geworden und haben für praktische Anwendungen an Bedeutung gewonnen. Aus verschiedenen Forschungs- und Praxisperspektiven wird in dem neu erschienen Band der Stand der Forschung zur Verkehrsgenese beleuchtet. Die meisten Texte basieren auf Vorträgen auf der Jahrestagung 2003 des Arbeitskreises Verkehr der Deutschen Gesellschaft für Geographie am Wuppertal Institut. (vl)

Dalkmann/Lanzendorf/Scheiner (Hrsg.): Verkehrsgenese - Entstehung von Verkehr sowie Potenziale und Grenzen der Gestaltung einer nachhaltigen Mobilität, Studien zur Mobilitäts- und Verkehrsforschung, Band 5, Verlag MetaGIS-Infosysteme, Mannheim 2004, 282 S., 30,- Euro, ISBN 3-936438-05-6

Verbraucherinformation Tourismus

Das Geschäft mit dem Tourismus hat seine Schattenseiten: In vielen Ferienregionen verschärfen sich Umweltverschmutzung und Naturzerstörung, dazu kommen vor allem in Entwicklungsländern gravierende soziale Probleme wie Lohndumping und Prostitution. In einem Themenspecial informiert die Verbraucher-Initiative jetzt im Internet rund ums Thema "Anders reisen". Die Seiten bieten einen Überblick über Anbieter und Buchungsmöglichkeiten für "anderes Reisen" und halten praktische Tipps zur Urlaubsplanung bereit. "Anders reisen" bedeutet hier, Natur und Umwelt zu schonen und dazu beizutragen, dass die Menschen im Reiseland vom Tourismus profitieren. "Anders reisen" bedeutet auch, das Urlaubsglück nicht immer in der Ferne zu suchen. Deutschland und Europa verfügen über ein großes touristisches Angebot, über das die Internetseite ebenfalls informiert. (vl)

Themenspecial "Anders reisen",
www.oeko-fair.de



Nachhaltigkeits-Wettbewerb: Energy Globe 2004

Fünfmal 10.000 Euro für Projekte zu nachhaltiger Ressourcennutzung
Energy Globe hat den gleichnamigen Wettbewerb für 2004 ausgeschrieben. Gesucht werden Projekte und Initiativen, die dazu beitragen, die Ressourcen wie Erde, Energie, Wasser und Luft nachhaltig zu verwenden und damit das Ökosystem intakt zu halten. Teilnehmen können Einzelpersonen, Unternehmen, Forschungsinstitute, Vereine und Verbände. Der erste Preis ist in den Kategorien Feuer, Wasser, Erde, Luft und Jugend mit je 10.000 Euro dotiert. Anmeldeunterlagen gibt es unten stehender Adresse, Einsendeschluss ist der 30. Juni. (mbu) ■

• Kontakt/Informationen

Energy Globe, Aubauerstr. 17, A-4810 Gmunden (Österreich)
Tel. 0043 7612 / 66663-0, Fax -33
eMail: contact@energyglobe.info
www.energyglobe.info

Neuer Förderschwerpunkt des Bundesforschungsministeriums

Forschung für nachhaltige Entwicklung zukünftiger Megastädte

Millionenstädte sind für die nachhaltige Entwicklung von herausragender Bedeutung, weil durch die Verflechtung und Verdichtung von Menschen-, Ressourcen-, Waren- und Kapitalströmen Probleme geballt auftreten. Gleichzeitig ergeben sich daraus aber auch Chancen für Innovationsstrategien und die Förderung effizienter, kompakter, nachhaltiger Wirtschaftsformen und Lebensstile. Dafür bedarf die Politik jedoch einer fundierten Wissensgrundlage aus den Händen der Forschung.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) schreibt zu diesem Thema einen neuen Förderschwerpunkt aus. Gemeinsam mit Forschungseinrichtungen in ausgewählten Ländern sowie in Abstimmung mit den vor Ort zuständigen Institutionen sollen Strategien für eine nachhaltige Gestaltung der urbanen Regionen der Zukunft erarbeitet und in Pilotstudien umgesetzt werden. Interessengruppen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sollen eingebunden werden, so dass die behandelten Fragestellungen auf reale Bedürfnisse abgestimmt sind.

Die Forschung soll sich dabei an Bedürfnisfeldern wie Wasserver- und -entsorgung, Ernährung, Mobilität, Energieversorgung, Wohnraum, Lebensunterhalt, Gesundheit und Lebensqualität orientieren. Das Förderangebot ist auf maximal 11 Jahre (ab 1.1.2005) befristet.

Die Projektförderung beginnt mit einer zweijährigen Einstiegsphase, während der die Projektnetzwerke die Forschungskonzepte detailliert weiterentwickeln sollen. In dieser Phase sollen vor allem Reisekosten, Workshops in den Partnerstädten, "Capacity Building" u.ä. gefördert werden.

Zunächst sind maximal 8-seitige Projektskizzen bis spätestens 1. September 2004 einzureichen. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Projekträger Umweltforschung und -technik (PT-UF), c/o DLR, Postfach 240107, 53154 Bonn
Tel. 0228 / 81996-67, -11, Fax -40
www.bmbf.de/foerderungen/677_7082.php

Mehr Fernstudien-Angebote zu Umweltthemen

Nachfrage steigt

Die vom Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung der Universität Koblenz-Landau seit Jahren angebotenen Fernstudien- und Weiterbildungsmaßnahmen aus dem Umweltbereich erfreuen sich einer zunehmenden Nachfrage. Nachdem im vergangenen Wintersemester 80 Teilnehmer/innen aus dem gesamten Bundesgebiet zwei parallele Kurse zur EU-Wasserrahmenrichtlinie besucht haben, ist im Sommersemester 2004 auch der Kurs "Europäisches Umweltrecht" mit über 40 Studierenden aus Deutschland und dem europäischen Ausland ausgebucht. Klassische Fernstudien- und Präsenzelemente, ergänzt um moderne Möglichkeiten des Online-Studiums, sollen den Teilnehmer/innen ein hohes Maß an zeitlicher Flexibilität und räumlicher Unabhängigkeit bei der Erarbeitung der Lerninhalte bieten.

Auch für das Wintersemester 2004/05 können sich Interessierte beim Fernstudienzentrum der Universität Koblenz-Landau wieder für diverse Programme bewerben. Zugangsvoraussetzung ist i.d.R. ein Hochschulabschluss einer ingenieur- oder naturwissenschaftlichen Fachrichtung, doch auch Absolventen anderer Fakultäten oder Berufstätige im Umweltbereich ohne akademischen Grad können zugelassen werden. Anmeldeschluss für das kommende Wintersemester ist der 15. August. (ab) ■

• Kontakt/Informationen

Universität Koblenz-Landau, Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung (ZFUW), Postfach 20 16 02, 56016 Koblenz;
Tel. 0261 / 287 15-20, -22, Fax -21
eMail: info@umwelt-studium.de
www.zfuw.uni-koblenz.de

Termine

Bundesweit relevante Umwelt-Termine
...finden Sie hier.

Internationale Umwelt-Termine
...finden Sie in unserem EU-Rundschreiben (siehe vorletzte Seite in diesem Heft).

Diese und neuere Termine im Internet
...finden Sie unter www.dnr.de/termine (meist auch ausführlicher).
DNR-Mitgliedsverbände, die dort selbst Termine veröffentlichen wollen, melden sich bitte bei info@dnr.de an.

Weitere Terminseiten im Internet
- www.eco-events.de
- www.energiekalender.de
- www.uvp.de/termine.html
- www.bmu.de/termine ("Konferenzen...")
- www.umweltbundesamt.de/termine/termine.htm#4
- www.nna.de

Ihre Umwelt-Termine
...von überregionalem Interesse mailen Sie bitte in der hier üblichen Form an info-berlin@dnr.de

Mai

10.5.-1.6., verschiedene Städte
Tausende werden im Mai für's Klima aktiv
Klima-Bündnis, Ukrike Janssen
Tel. 069 / 7171390
europa@klimabuendnis.org
www.klimabuendnis.org

11.5., Berlin
Energieexporte nachhaltig gestalten
Forum Umwelt & Entwicklung, Gerald Knauf
Tel. 0228 / 923993-52, Fax -56
gerald@forumue.de
www.forumue.de

12.5., Hindelang/Oberallgäu
Biodiversität in den Alpen
Int. Fachtagung zur Alpenkonvention;
LBV, Ulrike Lorenz
Tel. 08331 / 9011-82, Fax -83
u-lorenz@lbv.de

12.-14.5., Hamburg
Kritische Punkte der internationalen Klimapolitik
Hamburg Institute of International Economics, Axel Michaelowa
a-michaelowa@hwwa.de
www.hwwa.de/climate.htm

13.-16.5., Neustadt/Weinstraße
Wirtschaft in Bewegung: Mit dem Fahrrad zu Arbeit, Schule, Einkauf
Vertriebsbüro
Tel. 062224142
mgrix@webarkaden.de

13.5., Offenbach a.M.
Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - Methodik der FFH-Verträglichkeitsuntersuchung
Umweltinstitut Offenbach
Tel. 069 / -810679, Fax -823493
mail@umweltinstitut.de
www.umweltinstitut.de

13.5., Magdeburg
Lebendige Flüsse - Bildungsprojekte in Europa
Umweltinstitut IWU e.V., Magdeburg
Tel. 0391 / 7362912
giersch@iwu-umwelt.de
www.iwu-umwelt.de

13.-15.5., Salzburg
Wasser, Schatz der Zukunft
Grohag, Beatrice Voigt
Tel. 089 / 3400-10, Fax -17
info@bea-voigt.de

14.5., Berlin
Fundraising für Umweltverbände
Workshop, Deutsche Umwelthilfe (DUH)
Tel. 07732 / 9995-0, Fax -77
info@duh.de
www.duh.de

14.-16.5., Verden bei Bremen
WTO und Umweltschutz - Der Gentechnikstreitfall
Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

17.5., Berlin
Anwälte der Tiere - Klagerecht für Tierschutzverbände
Umwelt- und Landwirtschaftsministerium Schleswig-Holstein
Tel. 030 / 80906332
elke.mohrbach@schleswig-holstein.de
<http://landesregierung.schleswig-holstein.de>

19.5., Bonn
Naturschutz kontra Erneuerbare Energien - Konfliktlösungsstrategien
NABU, Frank Musiol
Tel. 0228 / 4036-164, Fax -203
nabu@nabu.de
www.nabu.de

19.-23.5., Marburg
Attac-Aktionsakademie 2004
Attac, Stephanie Handtmann
Tel. 069 / 90028122
handtmann@attac.de
www.attac.de

20.-23.5., Winterthur (Schweiz)
"no limits?!" - Frauen in Naturwissenschaft und Technik
FINuT-Kongress 2004; FiNuT Schweiz
Tel. 0041 43 3111058
finut@babu.ch
www.finut2004.ch

21.-23.5., Neuenweg bei Freiburg/Br.
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
Ökodorf-Institut
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

24.-28.5., Potsdam
27. Deutscher Naturschutztag
Thema: Naturschutz als Zukunftsaufgabe; verschiedene Veranstaltungen; BfN, BBN, DNR, Helga Inden-Heinrich, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
helga.inden-heinrich@dnr.de
Programm: www.bbn-online.de

28.-31.5., Bonn
Youth Energy Summit - Jugend-Energie-Gipfel
Forum Umwelt & Entwicklung, Gregor Messmann, Bonn
Tel. 0228 / -359704, Fax -92399356
info@forumue.de
www.forumue.de

▶
29.-31.5., Bonn
Zweites Weltforum Erneuerbare Energien: Politik und Strategien
Int. Konferenz; Eurosolar, Bonn
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1213
inter_office@eurosolar.org
www.eurosolar.org

Juni

1.-4.6., Bonn
renewables 2004 - Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien
Sekretariat renewables 2004
Tel. 06196 / 7944-04, Fax -05
info@renewables2004.de
www.renewables2004.de

2.-5.6., Bonn
Woche der Umwelt
Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Heidrun Linnemann, Osnabrück
Tel. 0541 / 9633-521, Fax -198
h.linnemann@dbu.de
www.dbu.de

3.6., Bonn
Solares Bauen: Stand, Entwicklung, Kosten
Eurosolar e.V., Bonn
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279

4.6., Hannover
Ökologischer Landbau: Nische oder Zukunftsmodell?
Medienseminar; Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)
Tel. 05199989-0, Fax -46
nna@nna.niedersachsen.de
www.nna.de

5.6., Berlin
Tag der Umwelt: Sternradtour und Umweltfestival
Thema: Erneuerbare Energien
Grüne Liga, Karen Thormeyer,
Tel. 030 / 443391-49, Fax -33
berlin@grueneliga.de
www.grueneliga-berlin.de

5.6., bundesweit
Tag der Offenen Tür für Erneuerbare Energien
Eurosolar, Dietmar Oeliger
Tel. 0228 / 36-2373, Fax -1279
inter_office@eurosolar.org
www.eurosolar.org

5.-12.6., Breitenbrunn/Oberpfalz
Jugendaktionscamp "Luftwiderstand - alles nur heiße Luft?"
Naturschutzjugend im LBV, Alexandra Prinz
Tel. 09174 / 4775-81, Fax -75
a-prinz@lbv.de
www.lbv.de

6.-9.6., Lutherstadt Wittenberg
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
Kirchliches Forschungsheim, Pfr. Dr. Ulrich Seidel, Dipl.-Ing. Katja Geißler, Wittenberg
Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
forschungsheim@kfh-wb.de
www.forschungsheim.de

7./8.6., Hamburg
Entwicklungsmöglichkeiten durch Klimaschutz
Konferenz, HWWA, Axel Michaelowa
Tel. 040 / 42834-309, Fax -451
a-michaelowa@hwwa.de
www.hwwa.de/climate.htm

7.-11.6., Bonn
Kampagnentraining: Die Organizer-Spirale
Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

10.6., Schneverdingen
Strategische Umweltprüfung für Pläne/Programme
Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA)
Tel. 05199 / 9890
nna@nna.niedersachsen.de

11./12.6., Magdeburg
Binnenschifffahrt auf lebendigen Flüssen
BUND, Beate Lange
Tel. 030 / 275864-0, Fax -40
beate.lange@bund.net
www.bund.net

11.6., Osnabrück
Erfolgreiche Umweltkommunikation imInternet
Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Stefan Rümmele, Osnabrück
Tel. 0541 / 9633-965, Fax -990
s.ruemmele@dbu.de
www.dbu.de

13.-15.6., Nürnberg
BioFach Sommerkongress
Nürnberg Messe u.a.
Tel. 0911 / 860686-47, Fax - 45
insa.ruecke@nuernbergmesse.de
www.biofach.de

16.6., Berlin
Diskussion des Fortschrittberichts zur Nachhaltigkeitsstrategie
DNR, Annette Littmeier, Berlin
Tel. 030 / 443391-88, Fax -80
annette.littmeier@dnr.de
www.nachhaltigkeits-check.de
Siehe auch Seite 21.

20.6., bundesweit
Mobil ohne Auto
Bundesweiter Aktionstag; Arbeitskreis Verkehr und Umwelt (UMKEHR) e.V.
Tel. 030 / 4927-473, Fax -972
info@umkehr.de
www.mobilohneauto.de

20.-23.6., Freiburg
EuroSun 2004 - Fünfte ISES Europa Solar Konferenz
PSE GmbH Forschung, Entwicklung
Tel. 0761 / 47914-0, Fax -44
info@pse.de
www.eurosun2004.de

21.-25.6., Bitterfeld - Magdeburg
Blühende Landschaften: Eine Erkundungsreise mit dem Fahrrad
Bildungsexkursion; Bildungswerk der Heinrich-Böll-Stiftung
Tel. 030 / 61-128967, Fax -83011
info@bildungswerk-boell.de
www.bildungswerk-boell.de

22.6., bundesweit
Autofreier Hochschultag
UMKEHR e.V. u.a.
Tel. 030 / 492-7473, Fax -7972
info@umkehr.de
www.mobilohneauto.de

22./23.6., Berlin
Gentechnikfreie Regionen und Koexistenz
Konferenz; Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Benedikt Haerlin, Berlin
Tel. 030 / 275903-09, Fax -12
tagung@zs-l.de
www.agrarbuendnis.de
www.saveourseeds.de
▶

▶
23.-25.6., Berlin
Zukunft der ländlichen Entwicklung in Deutschland
Bundesverbraucherministerium (BMVEL);
Nova-Institut
Tel. 02233 / 943682
modellregionen@nova-institut.de

24.-26.6., Mettlach/Saarland
Deutscher Landschaftspflege tag 2004
Deutscher Verband für Landschaftspflege
Tel. 0981 / 46533540
sekretariat@lpv.de
www.lpv.de

25.6., Berlin
Ökosteuern in Deutschland und Großbritannien
Förderverein Ökologische Steuerreform
Tel. 089 / 520113-13, Fax -14
foes@foes-ev.de

27.6.-3.7., Germerode (bei Kassel)
6. Europäische Sommerschule für Nachhaltige Regionalentwicklung
Universität Kassel, Rudolf Bucher
Tel. 0561 / 804-3505, Fax -2485
summerschool@uni-kassel.de
www.uni-kassel.de

Juli/August

12.-17.7., Berlin
Towards carfree cities IV - Zu autofreien Städten IV
World Carfree Network, BUND u.a.
info@worldcarfree.net
www.worldcarfree.net/conference

30.7.-5.8., Dresden
Globalisierungskritische Sommerakademie
Tel. 0351 / 4721360
sommerakademie@attac.de
www.attac.de

30.7.-6.8., Neustrelitz/Mecklenburg
Eine-Erde-Camp
BUNDjugend, Astrid Goltz
Tel. 030 / 797066-10, Fax -20
latsch@bundjugend.de
www.latschlatsch.de

7.-15.8., Barby/Elbe
Elbe-Saale-Camp
Grüne Liga/DNR, Michael Bender, Berlin
Tel. 030 / 443391-44, Fax -33
wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

7.-13.8., Wendelsheim (Rheinhausen)
11. Ökodorf-Festival
Ökodorf-Institut
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

16.-20.8., Stockholm (Schweden) u.a.
Welt-Wasser-Woche
Grüne Liga/DNR, Michael Bender
Tel. 030 / 443391 -44, Fax -33
wasser@grueneliga.de
www.wrrl-info.de

September

6.-8.9., Lutherstadt Wittenberg
Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren
Kirchliches Forschungshaus, Pfr. Dr. Ulrich Seidel, Dipl.-Ing. Katja Geißler, Wittenberg
Tel. 03491 / 4670-90, Fax -971
forschungshaus@kfh-wb.de
www.forschungshaus.de

16.9.-3.10., bundesweit
Naturathlon 2004
Bundesumweltministerium (BMU); Bundesamt für Naturschutz (BfN), Bonn
Tel. 0228 / 84912-80, Fax -99
info@naturathlon.de
www.naturathlon.de

21./22.9., Augsburg
Umweltrisiken von Nanomaterialien
Institut für Physik der Universität Augsburg, Simon Meißner
Tel. 0821 / 59830-04, Fax -02
meissner@wzu.uni-augsburg.de
www.amu-augsburg.de

22.9., bundesweit
Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten
FUSS e.V., Berlin
Tel. 030 / 4927473
info@fuss-ev.de

24.-26.9., Neuenweg
Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften
Ökodorf-Institut
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

Oktober

1./2.10., Wiesenfelden (Niederbayern)
Nachhaltigkeit zum Kochen bringen
Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

1.-3.10., Verden (bei Bremen)
Privatisierung und Umweltschutz: GATS, TRIPS, IWF und Weltbank
Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

5.-7.10., Hamburg
Warnsignal Klima: Genug Wasser für alle?
Max-Planck-Institut für Meteorologie, Dr. J. Lozan, Hamburg
Tel. 040 / 4-28386676, Fax -304038
lozan@uni-hamburg.de
www.Lozan.de

6.-9.10., Potsdam
7. UVP-Kongress 2004 - Instrumente der Umweltverträglichkeitsprüfung
UVP-Gesellschaft e.V., Dietmar Pyrlík
Tel. 02381 / 521-29, Fax -95
pyrlik@uvp.de
www.uvp.de

15./16.10., Wiesenfelden (Niederbayern)
Nachhaltigkeit - eine Frage des Lebensstils?
Bund Naturschutz Bildungswerk, Wiesenfelden
Tel. 09966-1270, Fax -9020059
bw@bund-naturschutz.de
www.bn-bildungswerk.de

16.10., Freiburg/Br.
Verleihung der Deutschen Solarpreise 2004
Eurosolar e.V., Bonn
Tel. 0228 / 3623-73, Fax -75
inter_office@eurosolar.org
www.eurosolar.org

18.-22.10., Leipzig
11. Magdeburg-Seminar: Wasser in Osteuropa
Umweltforschungszentrum (UFZ), Dr. Hildegard Feldmann, Leipzig
Tel. 0341 / 235-2264, Fax -2782
feldfrau@pro.ufz.de
www.leipzig-er-kubus.de



18.-22.10., Bad Kösen (Thüringen)

Ökumenische Weiterbildung zu Umwelt- und Eine-Welt-Mentoren

Kirchliches Forschungsheim (KFH), Ulrich Seidel, Katja Geißler, Wittenberg
Tel. 03491 / 46709-0, Fax -71
forschungsheim@kfh-wb.de
www.forschungsheim.de

November

6.11., Berlin

DNR-Mitgliederversammlung

DNR, Helga Inden-Heinrich, Bonn
Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96
eMail: helga.inden-heinrich@dnr.de
www.dnr.de

12.-14.11., Steyerberg (Niedersachsen)

Erfolgreiche Ökodörfer und Gemeinschaften

Ökodorf-Institut, Hausen
Tel. 07673 / 887886
oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

26.-28.11., Verden (bei Bremen)

Wie zukunftsfähig ist unser Stil zu leben?

Seminar; Bewegungsakademie, Elin Kuttimalai, Verden
Tel. 04231 / 957-595, Fax -400
info@bewegungsakademie.de
www.bewegungsakademie.de

(ab, mb) ■ ●

Aktuelle Umwelt-Informationen per eMail

Kostenlose eMail-Newsletter und Mailinglisten

Aktuelle und unabhängige Nachrichten zu ausgewählten ökologischen Themen senden eine Reihe von Informationsdiensten per eMail zu - in der Regel kostenlos. Das Spektrum reicht von allgemeinen Umweltinformationsdiensten über gängige Themenbereiche wie Energie oder Gentechnik bis zu speziellen Angeboten etwa zu umweltfreundlicher Beschaffung.

Eine von mehreren DNR-Verbänden zusammengestellte, nach Themen geordnete Übersicht von über 40 solcher eMail-Dienste ist im Internet zugänglich. (mb)

www.janun-hannover.de/483.0.html



TV-Vorschau Natur- und Umweltfilme

Eine Vier-Wochen-Vorschau über Natur- und Umweltsendungen im Fernsehen bietet die TV-Zeitschrift Prisma auf ihrer Internetseite an. Eine Suchfunktion ermöglicht das Auffinden von Sendungen nach Titel oder Inhalt.

"Der Grüne Kanal - Die ökologisch korrekten Fernsehtipps" bietet das Informationsportal bio.de für einige Tage im Voraus. Zu jeder Sendung gibt es eine Inhaltsangabe in mehreren Sätzen. (mb)

www.prisma-online.de/tv/stichwort.html?aid=Natur
Sendungen/Inhalte als Stichwort suchen:
www.prisma-online.de/tv/suche.html

"Der Grüne Kanal"
www.bio.de/gruenerkanal.php4

Neue TV-Umwelt-Serien für Kinder

Die Hollies (3-teilig)
ab 2. Mai, So 20.20 Uhr, KI.KA

Die Graslöwen
ab 20. Juni, So 8.30 Uhr, ZDF

Die Hydronauten (26 Folgen)
ab 20. Juli, Mo-Fr 18.15 Uhr, KI.KA

Benny und der Kobold
Herbst 2004, KI.KA

Informationen: www.grasloewen-tv.de

Regelmäßige Umweltsendungen

Feste Umwelt-Sendeplätze in Radio und Fernsehen

Umweltsendungen muss man heute leider mit der Lupe suchen - hier ist die "Lupe". Viele Redaktionen bieten übrigens Vor- und Rückschauen, komplette Sendemanuskripte und Zusatzinformationen im Internet an.

Für notwendige Korrekturen an dieser Zusammenstellung ist die DRB-Redaktion dankbar.

Diese Liste mit allen Links im Internet:
www.janun-hannover.de/482.0.html

1. Rundfunksendungen

Umwelt und Landwirtschaft

Mo-Fr 11.35-12.00, Deutschlandfunk
www.dradio.de/dlf/sendungen/umwelt
("Archiv")

Natur und Wissenschaft

Mo-Sa 11.05-11.45, DeutschlandRadio
www.dradio.de/dlr/sendungen/wissenschaft/natwi.html

Umwelt und Ernährung

Mo-Fr 16.35-16.50, SWR 1 (Südwestrundfunk) und SWR cont.ra Web-Radio
www.swr.de/contra

GLOBAL 3000

erster Mo im Monat 20.00-21.00 (Wiederholung Di 14.00-15.00), Radio Dreyeckland Freiburg 102,3 (freies Radio)
www.rdl.de/global30.html

Radio Rainbow

Do 20.00-21.00, Radio LORA München 92,4 (freies Radio)
<http://home.link-m.de/lora/rainbow.htm>



2. Fernsehsendungen

ZDF.umwelt

Magazin für modernes Leben
So 13.15-13.45, ZDF
www.zdf.de/ZDFde/inhalt/30/0,1872,1020478,00.html

Ozon

Umweltmagazin
Di einmal im Monat, 22.15, Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)
www.rbb-online.de/ozon

Unser Land

Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz
Fr 19.00-19.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/unserland

Unkraut

Umweltsendung für junge Leute
Mo (14-tägig) 21.20-21.45, Bayerischer Rundfunk (BR)
www.br-online.de/umwelt-gesundheit/sendungen/unkraut

service: natur

Sa 19.00-19.30, Hessischer Rundfunk (HR)
www.hr-online.de/fs/servicenatur

Arte Umweltsendungen

Mo 19.00-19.45, Arte (3. Mo im Monat: Sylva - von Bäumen und Menschen)
www.arte-tv.com/emission/emission.jsp?node=-1801

Netz Natur

ca. alle 6 Wochen, Do 20.00-21.00, SF1 (Schweiz)
www.sfdrs.ch

Löwenzahn

Natur, Umwelt und Technik für Kinder
Sa, 11.10-11.35, ZDF
So 15.00-15.30, Kinderkanal (KIKa)
www.tivi.de/loewenzahn
(mb, ab) ■

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorangegangene Ausgaben verwiesen: "DRB 04.03" weist z.B. auf Heft 4 des Deutschland-Rundbriefes im Jahr 2003 hin. Verweise auf das EU-Rundschreiben (siehe rechts) sind genauso gehalten, z.B. "EUR 05.03". Alle älteren Ausgaben sind komplett im Internet zugänglich: www.dnr.de/drbb, "Bisherige Ausgaben".

Danksagung

Für das Verfassen von Beiträgen und die Bereitstellung von Informationen zu diesem Rundbrief danken wir allen Beteiligten, vor allem den Gastautor/innen, den Redaktions-Praktikant/innen sowie den Umwelt-Informationsdiensten, Verbänden und Institutionen, deren Meldungen verwendet wurden (siehe Kontakt-Angaben im Heft). Besonderer Dank gilt dem unabhängigen Verbände-Informationsdienst www.ngo-online.de in Berlin.

Deutschland-Rundbrief im Internet

www.dnr.de/drbb heißt die Internetseite des DNR-Deutschland-Rundbriefes. Dort finden Sie

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- bisherige Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)

Gegen Rückporto können die Materialien auch zugesandt werden.

Tagesaktuell informiert per eMail

Für Rundbrief-Abonent/innen und Fachleute aus den DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos tagesaktuelle eMail-Weiterleitungen an. Unter rund 40 Umwelt-Themen kann ausgewählt werden. Angebot und Bestellformular im Internet: www.dnr.de/publikationen/infoservice

Gastbeiträge willkommen

Wir freuen uns auf Ihre umweltpolitischen Beiträge in Absprache mit der Redaktion. Beiträge von Gastautor/innen stimmen nicht in allen Fällen mit der Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers überein. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge zu kürzen und zu überarbeiten.

Unsere Zeitschriften zu internationaler Umweltpolitik

Meldungen und Kommentare zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene finden Sie im EU-Rundschreiben des DNR. Beiträge zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik stehen im Rundbrief des Forums Umwelt & Entwicklung, getragen vom DNR und dem Nord-Südpolitischen Dachverband Venro. Wir senden oder mailen gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen im Internet: www.dnr.de/publikationen/eur www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe

DRB-Abo

Abonnieren Sie den Deutschland-Rundbrief des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle den Deutschland-Rundbrief **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 EUR pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 EUR pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 EUR pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 EUR Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 EUR oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

- Zahlung per Bankeinzug**
Kontonummer:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax
eMail:

Geldinstitut:
Bankleitzahl:

- gegen Rechnung an die oben angegebene / folgende Adresse:**